Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ½jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7057.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 114. Dienstag den 19. Mai 1896. 7. Jahrg.

Der Achtuhrschluß in den kaufmännischen Geschäften.

Aus kaufmännischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die Vorschläge der „Reichskommission für Arbeiterstatistik", welche der Vorwärts gleich nach der Publikation mitteilte, haben die Interessentenkreise mobil gemacht. Die bedeutendste kaufmännische Unternehmer-Organisation, der „Verein Berliner Kaufleute und Industrieller" hat sich in schroffer Weise gegen den Gesetzentwurf erklärt. Die dabei angewendeten Argumente enthalten nicht einen einzigen neuen Gedanken, sondern sind nur eine Wiederholung dessen, was der Verein bereits in seinem ersten Gutachten ausgesprochen hat, über das die „Reichskommission" mit Fug und Recht zur Tagesordnung übergegangen ist. Es erscheint daher überflüssig, dieselben noch einmal zu erörtern. Die Gehilfenvereine, welche sich bisher dazu geäußert haben, acceptieren den Gesetzentwurf als das Mindestmaß dessen, was ihnen an Verkürzung der täglichen Arbeitszeit geboten zu sein scheint. In dieser Stellungnahme ist ein Unterschied zwischen den Vereinen der verschiedenen wirtschaftspolitischen Richtungen so gut wie nicht vorhanden.

Wenn der Kampf um den neuen Gesetzentwurf allein zwischen den beiden Interessentengruppen ausgefochten würde, kann es kaum zweifelhaft sein, auf welcher Seite der endliche Sieg zu verzeichnen wäre. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Unternehmer in den für die Gesetzgebung maßgebenden Kreisen sichern ihnen, wie der Sonntagsnachmittags-Rundgang des Geheimen Kommerzienrats Goldberger mit den Ministern in der Treptower Gewerbe-Ausstellung beweist, einen außerordentlichen Einfluß. Ihre umfangreichen Mittel gestatten ihnen, eine ausgedehnte Reklame für die mit zweifelhaften Mitteln, wie Ausschließung der Oeffentlichkeit, zu stande gekommenen Versammlungsbeschlüsse zu entfalten. Die von ihrem Korrespondenzbureau reichlich ausgestreuten Waschzettel werden von der gesamten kapitalistischen Presse, deren Existenz zum großen Teil auf Annoncen und Geschäftsreklame beruht, mit Behagen abgedruckt. Kein Wunder also, wenn die Oeffentlichkeit auf diese Weise irregeführt wird, wenn auf diese Weise der gute Wille der Gesetzgebung, einen Fall übermäßiger Ausbeutung zu mildern, korrumpiert und lahmgelegt wird.

Wie schon so oft ausgeführt worden ist, sind die Fragen des Arbeiterschutzes, wenn sie sich auch nur auf begrenzte Berufskreise erstrecken, dennoch von großer Bedeutung für die Allgemeinheit. Die geistige und körperliche Frische und Leistungsfähigkeit eines so zahlreichen Berufes, wie es die Angehörigen des Handelsgewerbes sind, muß den allgemeinen Stand der Volksgesundheit außerordentlich beeinflussen. Der geplante Fortschritt der Sozialgesetzgebung auf diesem Gebiete muß deshalb in allen den Kreisen Anhängerschaft und thatkräftige Unterstützung finden, welche, abgesehen von ihren sonstigen Anschauungen, in der schrittweisen Einführung des Maximal-Arbeitstages einen Kulturfortschritt erblicken.

Zur Sammlung und Organisierung aller dieser Kreise hat sich eine Liga gebildet. Es hat sich eine Reihe von Leuten vereinigt zu dem Zweck, in dieser Frage die öffentliche Meinung aufzurütteln und vor falscher Information zu bewahren. Am 21. April hat sich eine Gesellschaft gebildet, deren Aufruf und Statut nachfolgend zum Abdruck gebracht wird:

Liga
zur Herbeiführung des Achtuhrschlusses in sämtlichen kaufmännischen Geschäften.

Die Kenntnis von der überlangen Arbeitszeit der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen hat sich zu einem Gesetzesvorschlage verdichtet. Die „Reichskommission für Arbeiterstatistik" schlägt zur Abstellung der bestehenden Mißstände den allgemeinen Schluß sämtlicher Ladengeschäfte um 8 Uhr abends vor. Wenn verhütet werden soll, daß ein wesentlicher Teil unserer Bevölkerung auch fernerhin der geistigen und körperlichen Verkümmerung anheim fällt, ist für die Durchführung dieser Maßregel eine energische und allgemeine Propaganda erforderlich. Die Einwände, welche von seiten der Industriellen und Großkaufleute dagegen erhoben werden, sind nicht geeignet, die Notwendigkeit derselben zu widerlegen. Die Ladenzeit ist im weitesten Sinne des Wortes gleichbedeutend mit Arbeitszeit, da die Aufmerksamkeit des Angestellten, gleichviel ob er persönlich beteiligt ist oder nicht, aufs intensivste dem allgemeinen Geschäftsgang gewidmet sein muß. Im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens der Gewerbetreibenden und Handelsangestellten liegt es, dieser Opposition von vornherein so zu begegnen, daß sie den Vorschlägen der „Reichskommission für Arbeiterstatistik" nicht schädlich werden kann. Die Liga zur Herbeiführung des Achtuhrschlusses in sämtlichen kaufmännischen Geschäften hat die Leitung der Bewegung in die Hand genommen und fordert sämtliche Personen, welche den Gesetzentwurf unterstützen, auf, ihr in untenbezeichneter Weise beizutreten.

Der Vorstand.

Berthold Heymann, Vorsitzender, Niederwallstr. 13, III.
Georg Voß, Schriftführer, kl. Markusstraße 30, III.
W. Jastrow, Kassierer, große Hamburgerstraße 4, III.

Statut. § 1. Zweck der Liga ist, für sämtliche kaufmännischen Betriebe den gesetzlichen Achtuhrschluß herbeizuführen. § 2. Mitglied der Liga kann außer allen Angestellten des Handelsgewerbes jede männliche und weibliche Person werden, die für den Achtuhrschluß der kaufmännischen Betriebe eintritt. § 3. Der Mindestbeitrag beträgt monatlich 10 Pf.

In dem rücksichtslosen und beschränkten Kampf, der von seiten der Kaufleute und Industriellen gegen die Vorschläge der „Reichskommission für Arbeiterstatistik" geführt wird, wird die „Liga" harte Arbeit zu verrichten haben; hoffentlich wird sie bald so viel Anhänger in ganz Deutschland hinter sich haben, um ihrem Vorgehen den nötigen Erfolg zu verschaffen.

Tagesgeschichte.

Polizei und Partei. Noch ist der Prozeß, der seit Freitag in Berlin gegen die aufgelösten Organisationen unserer Partei geführt wird, nicht beendet, und es ist sehr fraglich, ob er heute zu Ende geführt werden kann. Aber das eine steht schon fest, daß nämlich die Kriminalpolizei in ihrem Kampfe gegen unsere Partei sich eher mit allem anderen als mit Ruhm bedeckt hat. Die halbstündigen „eminent wichtigen" Darstellungen des Kriminalkommissars Schöne wurden durch einige Fragen des Rechtsanwalts Munckel wie trockene Sägespäne weggeweht. Mit den „Enthüllungen" war es trotz jahrelangen Spionierens und Einschmuggelns von Spitzeln in die „geheimen Sitzungen" nichts. Wir empfehlen den in vorliegender Nummer enthaltenen Bericht über die Verhandlungen am Freitag und Sonnabend unseren Parteigenossen zur aufmerksamsten Lektüre. Es kann jeder viel daraus lernen. Auf den Ausgang des Prozesses, für den der Titel „Viel Lärm um nichts" recht gut passen würde, darf man gespannt sein. So lange die Polizei glaubt, die unzerstörbare Kraft unserer Partei beruhe in allerlei geheimen Konventikeln, die es in Wahrheit garnicht giebt, und so lange sie nicht zu der Erkenntnis gelangt, daß die sozialdemokratische Siegfriedkraft in der Offenheit und Oeffentlichkeit besteht, so lange wird sie auch im Kampfe gegen uns von Niederlage zu Niederlage eilen. Sie versteht uns nicht, darum kann sie uns auch nicht schaden.

Immer dreister verlangen die Konservativen die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Bekanntlich wurde die zweijährige Dienstzeit als Gegenleistung für die letzte Erhöhung der Friedensstärke eingeführt. Die Militärferrerei wird den Konservativen noch den letzten Anhang im Volke kosten.

Das Telegramm des Kaisers an Herrn Hinzpeter hat den Reichsboten veranlaßt, folgende Reminiszenz auszukramen:

„Unser Kaiser sagte in der bekannten Waldersee-Versammlung 1887: „Gegenüber den grundstürzenden Tendenzen einer anarchistischen und glaubenslosen Partei sei der wirksamste Schutz von Thron und Altar die Zurückführung der glaubenslosen Menschen zum Christentum und zur Kirche und damit zu der Anerkennung der gesetzlichen Autorität und der Liebe zur Monarchie zu suchen. Der christlich-soziale Gedanke sei deshalb mit mehr Nachdruck als bisher zur Geltung zu bringen.

Diese Erinnerung ist nicht ohne Interesse, da Kaiser Wilhelm II. neuerdings an Herrn Hinzpeter telegraphiert hat: „Christlich-sozial ist Unsinn!"

Moloch frißt. Die letzte Torpedo-Explosion in Friedrichsort bei Kiel hat einen Gesamtschaden von 150000 M. verursacht und zwar lediglich an Material. Nach Beendigung der Aufräumungsarbeiten auf dem demolierten Torpedo-Schießstande wurde der Verlust von fünf Torpedos festgestellt. Außerdem sind Hilfsmaschinen, Brücken 2c. demoliert. Es wird ein vergrößerter Neubau der Anlage in Angriff genommen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde ein Berliner Kaufmann denunziert. Die Aeußerung soll gefallen sein, als der Kaiser in Spandau an der Spitze eines Regiments dahinritt.

Wegen Kaiserbeleidigung wurden in Gera der Buchhändler Becker und sein Sohn zu je 2 Monaten Festung verurteilt. Es handelt sich um die Schrift Thing.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Göttingen der Schneidergeselle G. aus Ankum zu 4 Monaten Gefängnis, sowie zur Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurteilt.

Wegen Prinzregentenbeleidigung, begangen in mehreren Eingaben, wurde in Braunschweig der Hofstaatssekretär a. D. Könnecke verhaftet.

Die Tochter des Kerkermeisters

37] oder: **Gesetz und Herz.**

Kriminal-Roman von Carl v. Leistner.

(Nachdruck verboten.)

Rat Jäger blickte den Sprechenden verwundert an. Diese Redeweise glich ja fast einer Herausforderung. War denn das wirklich der lichtscheue, ihm stets ausweichende Olaf Lindström? Konnte derjenige, welchen man im Verdacht einer Blutschuld gehabt hatte, mit solcher Sicherheit vor einen Richter hintreten, der sich nach seiner ausgesprochenen Ueberzeugung die Ermittelung der That umstände auch jetzt noch angelegen sein ließ? Es war ihm, als seien die Rollen plötzlich vertauscht worden und als wolle jener ihn selbst zur Rechenschaft ziehen, anstatt vor eigener Verantwortung zurückzuschrecken. Unter dem empfangenen, gänzlich neuen Eindruck verstrichen einige Augenblicke, bevor er das Wort nahm.

„Vor allem möchte ich betonen, Herr Lindström, daß ich und jene anderen, auf die sich Ihre Aeußerungen beziehen mögen, bei einer Erneuerung des Verfahrens höchstens als Zeugen in Betracht kommen würden. Es kann also nur von Bekundung wahrer Thatsachen oder subjektiven Anschauungsweisen die Rede sein. Falls diese Angaben zu Ihren Ungunsten ausfallen sollten, hätten Sie sich dies wohl selbst zuzuschreiben. Dagegen wäre es eine Vermessenheit, Sie oder irgend jemand einer Schuld zu bezichtigen, bevor von zuständiger Seite Erhebungen stattgefunden haben."

„Wollen Sie sich gefälligst daran erinnern, Herr Rat, daß Sie trotzdem bereits verbreiten, es stehe mir eine Verhaftung bevor", wendete der junge Oekonom bestimmt ein, wodurch er Emmys Bräutigam in eine kaum zu verbergende Verlegenheit brachte.

„Ein solches Gerücht zu verbreiten, wie Sie sich ausdrücken, konnte mir nie in den Sinn kommen," sagte dieser. „Wenn derartiges zu Ihrer Kenntnis gelangte, so wäre das unbedingt nur die mir außerordentlich unliebsame Folge eines vertraulichen Meinungsaustausches unter Nahestehenden. Sie wissen, daß ich nicht mehr Untersuchungsrichter bin und niemand seiner Freiheit entziehen kann."

„Allerdings!" gab Olaf zur Antwort. „Dies schließt aber nicht aus, daß Sie die Sache neuerdings in Anregung bringen und Ihrem Nachfolger — sagen wir als Zeuge — Anhaltspunkte an die Hand geben, was in Ihrer Stellung um so leichter wird. Wenn das trotzdem bisher unter Ihrer Mitwirkung nicht zum richtigen Resultate gelangt ist —"

„Erlauben Sie mir, eine Frage hier einzuschalten," unterbrach ihn der Rat. „Was giebt Ihnen die Berechtigung zu dieser Annahme?"

„Meine persönliche Ueberzeugung von der Unrichtigkeit der gefällten Sentenz und Ihre neuerlichen Schritte, welche hiermit im Einklange stehen", erwiderte Olaf kaltblütig.

„Und welche Gründe haben Sie für diese Ueberzeugung?" forschte der andere weiter.

„Nachdem Sie zugestanden haben, daß Sie mir nicht als Richter, sondern als Privatperson gegenüberstehen, finden Sie es wohl begreiflich, wenn ich die Auskunft hierüber ablehne, bis ich amtlich dazu veranlaßt werde," versetzte Lindström.

„Das steht Ihnen frei," gab Rat Jäger zu. „Nur sehe ich nicht ein, weshalb Sie mich dann mit Ihrem Besuche beehrten."

„Ehe Sie mir Unglelegenheiten verursachen, was Ihnen unter den obwaltenden Verhältnissen immerhin in ausgiebigem Maße gelingen könnte, wollte ich Sie warnen, Herr Rat, nicht zum zweitenmal ein schuldloses Haupt mit der schwersten Anklage zu bedrohen," erklärte Olaf. „Ich möchte Sie deshalb ersuchen, sich durch mein bisheriges, vielleicht allzu zaghaftes und zurückhaltendes Benehmen nicht zur falschen Voraussetzung verleiten zu lassen, daß ich für mich selbst etwas zu befürchten hätte. Dies ist keineswegs der Fall, aber die plötzliche Auffindung der blutigen Leiche meines Verwandten und die sie begleitenden Umstände, die Bedenken ob ich bei den wiederholten Verhören in meinen eidlichen Aussagen nichts verschwiegen, und sonstige Aufregungen erschütterten mich, jugendlich und unerfahren, wie ich damals war, aufs nachdrücklichste. Ich befand mich seitdem in einem Zustande nervöser Reizbarkeit und habe hierdurch Ihren gegen meine Person gefaßten Verdacht unbewußterweise genährt. Ob Sie bewiesen nach dieser Erklärung eine weitere Folge geben wollen, das mögen Sie mit Ihrem Gewissen ausmachen."

Der Beamte hatte den jungen Mann währenddessen aufmerksam betrachtet und überlegte, welchen Wert er dem Vorgebrachten beimessen solle. Vielleicht stand ihm ein Mittel zu Gebote, hierüber ins Reine zu kommen. Rasch entfaltete er auf seinem Schreibtische die Teile jener Empfangsbestätigung, die ihm gestern von unbekannter Hand zugegangen waren.

„Wußten Sie es bereits, daß von dieser Urkunde, die Ihnen bei Ihrer Vernehmung vorgezeigt wurde, eine täuschend ähnliche Nachbildung existiert?" fragte er dann, dem anderen plötzlich scharf ins Auge sehend.

„Ja!" entgegnete dieser unbefangen. „Ich bin sogar derjenige, welcher sie Ihnen übermittelt hat."

„Sie selbst? Woher stammt das Duplikat und warum hielten Sie es für nötig, mich in dessen Besitz zu setzen?"

Rat Jäger verriet hierbei ein lebhaftes Erstaunen.

„Ich war zugegen, als es in unserem Hause hinter dem Geldschranke aufgefunden wurde, und eignete es mir an, um es vor neugierigen Blicken zu bewahren. Nachdem ich Gewißheit erlangte, daß Sie sich mit der Sache gegenwärtig abgeben, erachtete ich es für zweckmäßig, Ihnen das Papier zur Verfügung zu stellen."

„Sahen Sie die Ausfertigung zum erstenmal, als sie bei jener Gelegenheit zum Vorschein kam?" forschte der Rat wiederum.

„Gewiß!" antwortete Olaf. „Ich muß mir gestehen, daß ich in diesem Falle jede genauere Auskunftserteilung für später vorbehalten und habe deshalb die Zusendung auf solchem Wege bewirkt, ohne ein Gutachten beizufügen. Die Bedeutung des Fundes zu ermessen, überlasse ich einstweilen Ihnen und dem Gerichte, welchem Sie diese Fragmente wohl einhändigen werden. Jetzt aber dürfte das, was mich zu Ihnen geführt hat für heute erledigt sein und ich bitte, zu gestatten, daß ich mich zurückziehe."

Emmys Verlobter sah ein, daß von Olaf für den Augenblick nähere Erörterungen nicht zu erlangen seien, und dankte ihm deshalb für die bisherigen Aufschlüsse, sowie für den Besuch, den er der Behörde verschafft hatte.

„Im übrigen verfahren Sie nach Ihrem Belieben, Herr Rat," fügte der Scheidende noch bei. „Beharren Sie ungeachtet unserer Besprechung noch auf Ihrem Vorhaben, so kann ich daran nichts ändern. Ich brauche kaum zu versichern, daß ich mich selbst einer Verhaftung nicht entziehen werde."

„Von einer solchen kann nach meinem Dafürhalten keine Rede sein," entgegnete der Beamte.

„Desto besser," sagte Olaf mit sichtlichem Befremden. Er hatte die rasche Aenderung der kundgegebenen Absichten kaum zu hoffen gewagt. „Ich werde jederzeit zu finden sein."

Mit diesen Worten verbeugte er sich und verließ das Bureau. Am darauffolgenden Sonntag erschien Rat Jäger auf dem Ahlbergschen Besitztum, um seine Braut nach S. zu begleiten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189605 19-11/fragment/page=0001

Ausland.

Frankreich. Was Madagaskar gekostet hat, das erfährt das französische Volk erst jetzt, nachdem der „glorreiche" Feldzug halb vergessen ist. Aus der vom Kriegsministerium den Blättern zugestellten Mitteilung über die Verlustliste aus dem madagassischen Feldzuge erhellt, daß 3467 Soldaten der Landarmee und 723 Marinesoldaten infolge von Wunden oder Krankheiten gestorben sind. Bei den außereuropäischen Truppen, die als Hilfskorps angeworben waren, ist der Verlust auf 1403 Offiziere und Mannschaften angegeben. Der Gesamtverlust beträgt demnach 5592 Offiziere und Mannschaften. Rechnet man dazu diejenigen, die später in Spitälern und auf der Rückreise zur See ihren Wunden oder Krankheiten erlegen sind, so gelangt man zu der traurigen Höhe von **7000** Menschen.

Und wofür diese Hekatomben. Einige Spekulanten hatten die große afrikanische Insel als Ausbeutungsobjekt ausersehen, und als der erwartete Gewinn nicht gleich kam, mußte die französische Regierung als Geschäftsführerin der Hochfinanz eingreifen. 7000 arme Teufel haben dabei das Leben eingebüßt; aber was schadet das? Die Kapitalisten bereichern sich, und das ist die Hauptsache! Das Volk bezahlt auch noch die Schock Millionen Franks Kriegskosten.

Die aufgelösten Berliner Parteiorganisationen vor Gericht.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Zweiter Verhandlungstag.

Der Vorsitzende, Landgerichts-Direktor Kaeller, eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr und beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten Hoch, der von der Anklage als Obmann der Preßkommission bezeichnet wird, sich selbst aber nur als einfaches Mitglied bezeichnet. — Vors.: Sie wählten doch bei jeder Sitzung einen Obmann? — Hoch: Eine Wahl fand nicht statt, wir einigten uns gesprächsweise über den Vorsitz. — Vors.: War nicht der Ausdruck Obmann gebräuchlich? — Hoch: Nein. — Vors.: Wie oft waren Sie Vorsitzender? — Hoch: Ein einziges Mal. — Vors.: Haben Sie Beschlüsse gefaßt? — Hoch: Wir sagten unsere Meinung über Beschwerden und brachten Sie zur Kenntnis der Redaktion des Vorwärts. — Rechtsanwalt Heine fragt: Handelte es sich bei den Beschwerden um solche prinzipieller Art? — Hoch: Nein, es handelte sich gewöhnlich um Beschwerden persönlicher Natur, so z. B. wenn die Rede eines Genossen in dem Versammlungsbericht nicht genügend berücksichtigt worden war. — Rechtsanwalt Heine: Das ist der springende Punkt. Weil diese Beschwerden zunahmen, ist überhaupt die Preßkommission gegründet worden.

Angekl. Dimmick, Mitglied der Agitationskommission, giebt an, daß er mit den Vereinen garnichts zu thun hatte, er habe nur mit den Vertrauenspersonen verkehrt. — Vors.: Wie ging es denn bei den Sitzungen zu? — Dimmick: Die Sitzungen waren meist nicht sehr gut besucht. Es waren selten mehr wie fünf Personen anwesend und da erübrigte sich jede Leitung. — Vors.: Es sind eine Menge Briefe bei Ihnen beschlagnahmt worden. — Dimmick: Jawohl, es sind nur Briefe von einzelnen Personen, eine Verbindung mit Vereinen werden sie nicht ergeben. — Der Vorsitzende konstatiert, daß die Briefe nur von einzelnen Personen, auch von Vertrauenspersonen herrühren, daß in ihnen Gesuche nach Broschüren, Versammlungs-Referenten 2c. enthalten sind. In einem Briefe wird Abg. Gerisch um sein Erscheinen in einer Versammlung ersucht. — Angekl. Gerisch erklärt, daß es sich in diesem Falle um eine öffentliche Versammlung handelte, in der er auch gesprochen habe. — Der Vorsitzende verliest ein Zirkular, das „im Auftrage Karl Dimmick" unterzeichnet ist, in dem über den Versandt der Broschüren gesprochen wird und Geldsendungen an die Adresse Antrick erbeten werden. — Vors.: Das sieht doch so aus, als ob Sie der Leiter der Agitationskommission waren. — Dimmick: Ich hatte am besten Zeit und besorgte deshalb die Korrespondenz. — Vors.: Wie stand es mit den Kassenverhältnissen? — Dimmick: Wir rechneten unsere persönlichen Ausgaben mit dem Vertrauensmann unseres Kreises ab. Die Hauptausgaben verursachte aber die Beschaffung von Druckschriften; die wurden im ganzen bezogen und durch gemeinsame Abrechnung aus allen Wahlkreisen bezahlt. — Rechtsanwalt Heine: Hatte nicht jedes Mitglied einen ganz bestimmten Distrikt zu bearbeiten? — Dimmick: Jawohl, wir hatten die Provinz Brandenburg in sieben Teile eingeteilt, eine Karte in sieben Teile zerschnitten, als Grenze möglichst Eisenbahnlinien genommen und jeder hatte so seinen Agitationsbezirk. Ich z. B. den Bezirk zwischen der Görlitzer und Schlesischen Bahn.

Angekl. Scholtz giebt Auskunft über die Thätigkeit der Lokalkommission, die ein Verzeichnis derjenigen Wirte veröffentlichte, die ihre Säle zu Parteiversammlungen hergeben, auch die Verhandlungen mit den Wirten zu führen hatte. — Vors.: Es ist bei Ihnen ein Brief des Angeklagten Gerisch gefunden worden, in dem Ihnen Gerisch schreibt: Bei **uns** ist heute der Wirt gewesen und hat sich über den Boykott beschwert. Wenn das ein reiner Privatbrief wäre, hätte Gerisch doch geschrieben, bei **mir** war heute der und der Wirt", so scheint sich doch der Wirt an die Parteileitung gewandt zu haben. — Angekl. Bebel: Die Sache ist ganz natürlich aufzuklären. Der Wirt glaubte, die Parteileitung habe mit der Lokalfrage etwas zu thun und kam nach dem Bureau. Gerisch sagte ihm, daß der Vorstand in der Angelegenheit nichts thun könne und schrieb dem Scholtz. — Angekl. Gerisch: Die Sache verhält sich thatsächlich so, wie Bebel sie eben dargestellt. Ich habe den Brief lediglich, um dem Manne, der mir auf dem Bureau sein Leid geklagt hat, einen Gefallen zu thun, an Scholtz geschrieben. — Rechtsanwalt Heine: Ich bitte den Angeklagten Auer zu sagen, ob nicht täglich zahllose Leute mit den unmöglichsten Gesuchen und Bitteleien nach dem Parteibureau gekommen sind. — Auer: Es ist so, wie der Herr Rechtsanwalt sagt. Da kommen Leute mit den gewöhnlichsten Bitteleien, andere schlagen uns Häuserkäufe zu Saalbauten und andere schöne Dinge vor. (Heiterkeit.)

Angekl. Pohlitz, Vorsitzender des Wahlvereins im 1. Wahlkreise, bestreitet, daß der Wahlverein Gelder an die Parteikasse abgeliefert hat. Es ist nur Geld zur Agitation an die Vertrauensperson gegeben worden. — Vors.: Bei dem Kassierer Petermann sind zwei von Gerisch unterzeichnete Quittungen von je 100 Mk. gefunden worden. Waren das Wahlvereinsgelder? — Pohlitz: Das weiß ich nicht, darüber wird am besten Genosse Petermann Auskunft geben können. — Angekl. Petermann erklärt, das seien Gelder, die er persönlich in der Fabrik gesammelt habe, Wahlvereinsgelder habe er nie an den Parteivorstand abgeliefert. Dem Vertrauensmann habe ich gelegentlich der Stadtverordneten-Wahlagitation Geld überwiesen. — Angekl. Täterow, früher Vertrauensmann im 1. Wahlkreise, giebt zu, daß er öfters Gelder aus dem Wahlverein zur Agitation erhalten habe, dieses Geld sei aber auch stets zur Agitation verwandt worden. Regelmäßige Zusammenkünfte der Vertrauensmänner der verschiedenen Wahlkreise hätten nicht stattgefunden. — Angekl. Felgentreff hat die Geschäfte des Vertrauensmannes im 1. Wahlkreise nur vertretungsweise geführt und weiß nichts von den Kassengeschäften.

Angekl. Antrick ist Vorsitzender im 2. Wahlkreise. Vors.: Der Wahlverein soll Gelder an den Parteivorstand und an die Agitationskommission abgeliefert haben? — Antrick: Die Angaben der Anklage nach dieser Richtung sind von A bis Z erfunden. Es sind nur Gelder an den Vertrauensmann zur Agitation gezahlt worden. — Vors.: Ich halte Ihnen hier eine Abrechnung aus dem Vorwärts vor, die doch dem zu widersprechen scheint, was Sie eben sagen.

Die Verteidiger bitten, diese Abrechnung aus dem Vorwärts zu verlesen. Der Vorsitzende thut dies und konstatiert, daß er sich geirrt hat, indem die Abrechnung **nicht die des Wahlvereins, sondern des Vertrauensmannes** im 2. Wahlkreis war (**Bewegung.**) Der Vorsitzende ersucht die Angeklagten, sich nicht zu äußern, wenn sie nicht gefragt sind. Auch die weitere Vernehmung des Angeklagten Antrick ergiebt, daß irrtümlicherweise beschlagnahmte Kassenbücher für Kassenbücher des Wahlvereins gehalten worden sind, während es Kassenbücher des Wahlkreises waren. In einem Kassenbuch des Wahlvereins ist die Abführung einer Summe von 100 M. an die Vertrauenspersonen Werner und Schlichting gebucht.

Angeklagter Lange, Schriftführer im 2. Wahlkreis, giebt zu, daß an die Vertrauensleute Geld abgeführt ist, aber niemals an die Parteileitung. In demselben Sinne äußert sich der bisherige Kassierer im 2. Wahlkreis, Angeklagter Griese. — Angeklagter Werner, der Vertrauensmann im 2. Wahlkreise erklärt: Die Gelder, die ich von den Wahlvereinen mit der ausdrücklichen Bestimmung zur Agitation erhielt, reichten für die Zwecke der Agitation nie aus. Die Ueberschüsse, die von den bei mir eingegangenen Geldern verblieben, habe ich an die Parteikasse abgeliefert. — Vors.: Sie sollen auch Gelder an die Agitationskommission gezahlt haben? — Werner: An die Agitationskommission nicht, sondern an das Mitglied der Agitationskommission aus dem 2. Wahlkreise, das mir sagte, er brauche Geld für seinen Agitationsdistrikt. — Vors.: Haben die Vertrauensmänner gemeinsame Sitzungen abgehalten? — Werner: Es sind zwanglose Besprechungen abgehalten worden, einer Leitung der Verhandlungen hätte es dabei nicht bedurft. — Vors.: Hier finde ich eine Quittung von Antrick in der es heißt, an das Agitationskomitee geliefert so und so viel Mark. — Angekl. Antrick: Ich gebe zu, daß das unkorrekt ausgedrückt ist, aber in Wahrheit habe ich das Geld für meinen Agitationsdistrikt erhalten. — Vors.: Ich komme nun zur Vernehmung der Frau Scholtz. In der Anklage heißt es, Sie seien Mitglied des 2. Wahlkreises gewesen und hätten sich dadurch eines Vergehens gegen § 16 Absatz 3 des Vereinsgesetzes schuldig gemacht. Das ist offenbar ein Irrtum der Anklage. Es soll wohl heißen „Mitglied des Wahlvereins". — Frau Scholtz: Mitglied des Wahlkreises konnte ich nicht sein, da der Wahlkreis kein Verein ist. Mitglied des Wahlvereins durfte ich nicht sein, da ein politischer Verein keine weiblichen Mitglieder aufnehmen darf. — Vorsitzender: Darum handelt es sich ja eben. — Frau Scholtz: Ich bestreite, Mitglied des Wahlvereins gewesen zu sein. Ich bin in einer öffentlichen Versammlung, die von 2000 Personen besucht war, als Vertrauensperson gewählt worden mit dem Auftrage, die Agitation unter den Arbeiterinnen zu fördern. Ich habe nur vier Wochen mein Amt bekleidet, bis zur Schließung der Organisation, und meine ganze Thätigkeit bestand darin, daß ich eine öffentliche Versammlung einberufen habe. Mit den männlichen Vertrauenspersonen bin ich nie zusammengekommen. — Angeklagter Werner bestätigt, daß die Wahl der Frau Scholtz in einer von ihm als Vertrauensmann einberufenen öffentlichen Versammlung erfolgt ist.

Die Vernehmung der nächsten drei Angeklagten Kräker, Mahle und Harndt, der Vorstandsmitglieder im Wahlverein des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises ergiebt nichts Wesentliches. Alle drei stellen in Abrede, mit anderen Vereinen in Verbindung getreten zu sein und Gelder an den Parteivorstand abgeliefert zu haben.

Die Aussage des Angeklagten Fritz, des Vertrauensmannes im 3. Wahlkreise, bewegt sich in denselben Grenzen, wie die der übrigen Vertrauensmänner. Er hat das Geld, was ihm nach Bestreitung der Agitationskosten übrig blieb, an den Parteivorstand abgeliefert. — Auf Wunsch des Staatsanwalts fragt der Vorsitzende die sämtlichen Vertrauensmänner, ob sie auch Mitglieder ihrer betreffenden Wahlvereine gewesen sind, was jeder einzelne bejaht. — Vorsitzender: Wissen Sie etwas von den Korpore-Versammlungen? — Fritz: Nein, ich habe nie an einer geheimen Versammlung teilgenommen.

Die Vorstandsmitglieder des Wahlvereins im 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise, die Angeklagten Erbe, Runge und Zabel sagen konform den Vorstandsmitgliedern anderer Wahlvereine aus. Der Kassierer Angeklagter Zabel hebt hervor, daß er Geld an den Vertrauensmann nur zur Agitation gezahlt habe. Der 4. Wahlkreis sei einer der größten und erfordere bedeutende Summen zur Agitation, deshalb sei das Geld gegeben worden.

Die Vernehmung der nächsten sechs Angeklagten, der Vertrauensmänner im 4. Wahlkreise, Baumgarten, Thielke, Wenegels, Gurtschke, Schulze, Boize geht sehr schnell vor sich. Beim Angeklagten Schulze ist ein Block beschlagnahmt worden; auf der einen Seite steht ein Vermerk über eine Sitzung der Vertrauensmänner, der offenbar nicht von der Hand Schulzes herrührt. Der Angeklagte Schulze weiß keine Erklärung zu geben, wie diese Bemerkung auf den Block gekommen ist, will aber behaupten, daß der Vermerk noch nicht darauf gestanden, als der Block beschlagnahmt wurde. Besprechungen hätten unter den Vertrauensmännern ab und zu stattgefunden, sie wären aber alle ganz zwangloser Natur gewesen.

Die Angeklagte Frl. Baader hat wie Frau Scholtz das Amt der Vertrauensperson im 4. Wahlkreise erst im Oktober 1895 bekommen und es nur 4 Wochen bekleidet, sie war nur gewählt worden für die Agitation unter den Frauen.

Der Vorsitzende stellt fest daß, was ja natürlich, sämtliche Vertrauenspersonen mit Ausnahme der Angeklagten Frl. Baader und Fr. Scholtz Mitglieder des Wahlvereins waren.

Der Angeklagte Dreicher war vom Mai bis Oktober 1895 Vertrauensmann, vom Oktober ab Vorsitzender des Wahlvereins im 5. Wahlkreise. Aus dieser Doppelstellung sind Verwechselungen entstanden und irrtümlicherweise sind ihm Geldzahlungen, die er in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann geleistet, als solche ausgelegt worden, die er als Wahlvereins-Vorsitzender geleistet haben soll.

Die Vernehmung der Angeklagten Richter, Hübner, Teufert und Ernst ergiebt nichts Wesentliches. Beim Angeklagten Kiesel wird festgestellt, daß er in verschiedenen Wahlvereinen Vorträge gehalten hat. Er erklärt, daß bei diesen Vorträgen der Wahlverein für den 6. Reichstagswahlkreis, in welchem er Vorsitzender war, in keiner Weise beteiligt war. Die Vorträge habe er aus eigener Initiative gehalten. Der Wahlverein habe nie Geld an den Vertrauensmann zur Agitation gezahlt. Der Angeklagte Kröhn hat sein Amt als Vertrauensmann nur 14 Tage bekleidet, von einer Thätigkeit könne bei ihm also gar keine Rede sein. Beim Angeklagten Waschowsky ist eine von den vier Vertrauensleuten des 6. Kreises unterschriebene Erklärung, welche ein Urteil über die Parteizugehörigkeit eines Genossen abgiebt, gefunden worden. Es wird daraus auf eine engere Verbindung zwischen den einzelnen Vertrauensleuten geschlossen. — Der Angeklagte Waschowsky erklärt, Augustin sei mit der Erklärung zu ihm gekommen, habe ihn von dem Sachverhalt unterrichtet und da habe er unterschrieben. — Der Angeklagte Augustin giebt Zusammenkünfte mit den übrigen Vertrauenspersonen eines Wahlkreises zu, sie hätten gemeinschaftlich alljährlich Abrechnung leisten müssen und seien schon deshalb viermal im Jahre zusammengekommen. Bei diesem Angeklagten ist eine Karte gefunden worden, in der der Ausdruck Korpore gebraucht ist. — Augustin erklärt den Ausdruck aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammend. Als Vertrauensmann brauche man stets eine Handvoll zuverlässiger Genossen für das Verteilen von Flugblättern 2c. und wenn man mit diesen einmal zusammenkam, so nannten wir das Korpore-Sitzungen. — Vorsitzender: Sie haben die Depesche nach Paris abgesandt. — Augustin: Jawohl, wir wollten am Sedantage Versammlungen abhalten, die Polizei machte uns aber die Abhaltung unmöglich. Ich kann nun darüber nach, wie man doch gegen den Chauvinismus protestieren könnte und verfiel auf die Idee, die Depesche nach Paris zu senden. Da ich mich der Zustimmung der übrigen Vertrauensmänner sicher glaubte, nahm ich keinen Anstand, die Depesche im Namen der Vertrauensmänner abzusenden. — Rechtsanwalt Herzfeld macht darauf aufmerksam, daß auch die Ausgaben für die Depesche auf das Konto Augustins in dem beschlagnahmten Kassenbuche gebucht seien.

Die Vernehmung der letzten Angeklagten Helbig, Brinkmann und Pfarr ergiebt nichts Wesentliches.

Rechtsanwalt Herzfeld überreicht zwei Nummern des Vorwärts, in denen der Anfang und das Ende des Boykotts angezeigt ist. Unter diesen Erklärungen stehen etwa 50 Parteigenossen verzeichnet, zusammengewürfelt aus allen Wahlkreisen. Diese Unterzeichner waren auch die Teilnehmer von den Versammlungen, auf die von der Polizei und der Anklage so großes Gewicht gelegt worden ist.

Es ist hiermit die Vernehmung der Angeklagten beendet.

Ehe der Vorsitzende mit der Vernehmung der Zeugen beginnt, läßt er eine längere Pause eintreten.

Der Vorsitzende ersucht die Angeklagten dringend, sich während der Vernehmung der Zeugen aller Aeußerungen zu enthalten, er werde nach der Vernehmung jedes Zeugen jedem Angeklagten Gelegenheit zu Bemerkungen geben.

Erster Zeuge ist der Kriminalkommissar Schöne. Der Vorsitzende ersucht ihn, auseinanderzuhalten das, was er aus eigener Wahrnehmung wisse und das, was ihm von dritten Personen zugetragen worden.

Kommissar Schöne: Zur eigenen Wissenschaft rechne ich auch alles das, was mir aus Berichten, Prozessen 2c. bekannt geworden ist. Persönlich habe ich ja nicht Fühlung, da muß ich mich auf die Beamten, die ich an der Hand habe, verlassen. Die Organisation richtet sich in Berlin nach den sechs Wahlkreisen. Die Wahlvereine üben sozusagen die beleitende Thätigkeit aus, die praktische Thätigkeit liegt bei den Vertrauensleuten, die eine sehr große Rolle spielen und die Vermittelung zwischen dem Verein und der Parteileitung besorgen, wohl besorgen müßten, wenn eine erfolgreiche Thätigkeit entwickelt werden soll. Die Wahlvereine sind sehr stark und so ist es ihnen möglich, erhebliche Mittel an die Parteileitung abzuführen. Sie thun das nicht direkt, sondern bedienen sich der Vertrauenspersonen. Das Institut der Vertrauenspersonen ist sehr wichtig, sie beharbeiten alle internen Partei-Angelegenheiten, berufen die geheimen sogenannten Korpore-Versammlungen und besorgen vor allem den Vertrieb der verbotenen Schriften, der Liederbücher 2c. — Vors.: Wer beruft die Korpore-Versammlungen, wer nimmt daran teil? — Zeuge: Die Vertrauensleute berufen die geheimen Versammlungen. Die hauptsächlichsten Agitatoren nehmen daran teil. Es werden in den Versammlungen auch die Delegiertenwahlen vorbereitet. — Vors.: Woher wissen Sie die Einzelheiten? — Zeuge: Aus früheren Jahren, von Beamten, die selbst dabei waren und von Leuten, die mir Berichte zugetragen haben. Einen Prüfstein für die Wahrheit erblicke ich darin, daß mir von drei, vier Seiten die gleichen Nachrichten zugebracht worden sind hauptsächlich aber mußte ich deshalb von der Wahrheit des Hinterbrachten überzeugt werden, weil die mir vorher mitgeteilten Beschlüsse später ausgeführt worden sind. Es handelte sich sehr oft um interne persönliche Dinge, die öffentlich nicht gut besprochen werden konnten ohne Schädigung der Parteiinteressen. So handelte es sich einmal darum, daß der Abg. Stadthagen unzüchtige Handlungen vorgenommen haben soll. Die Vertrauensleute hatten ihre Bezirks- und Gruppenführer, sie mußten sie haben für die Flugblattverteilung 2c. Dazu können sie sich doch nicht die Leute von der Straße holen, es müssen besonders zuverlässige Leute sein. — Vors.: Was wissen Sie über die Preßkommission? — Zeuge: Sie entscheidet über den lokalpolitischen Teil des Vorwärts. Sie hat, wie ich aus dem Vorwärts ersehen habe, einen Vorsitzenden. Ich meine, sie ist wohl als politischer Verein zu betrachten. — Vors.: Die Angeklagten behaupten die Preßkommission hätte nur über persönliche Angelegenheiten, wie über Versammlungsberichte zu entscheiden. — Zeuge: Das mag auch ein Teil der Thätigkeit sein, aber ich lege ihr doch größere Bedeutung bei, sonst würde die Parteileitung nicht immer dabei gewesen sein, auch die Sitzungen würden nicht so geheim geführt worden sein. Doch darüber weiß ich nicht so viel zu sagen, das ist mehr meine persönliche Meinung. Der Wachtmeister Diener wird darüber besser Auskunft geben können. — Vors.: Wie steht es mit der Agitations- und der Lokal-Kommission? — Zeuge: Die erste hatte die Agitation in der Provinz Brandenburg, die letztere die Lokalfrage zu regeln. — Vors.: Wie weit hat eine Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen bestanden? — Zeuge: Vor allen Dingen habe ich durch die vertraulichen Nachrichten eine Verbindung zwischen den Wahlvereinen, Vertrauensleuten und der Parteileitung festgestellt. Die Wahlvereine liefern das Geld an die Vertrauensleute und diese geben das Geld an den Parteikassierer ab. — Der Vorsitzende bedeutet dem Zeugen, daß die Angeklagten die Sache anders darstellen und fragt ihn, ob er Fälle angeben könne, in denen ganz bestimmte Summen an den Vertrauensmann und dieselbe Summe vom Vertrauensmann an die Parteileitung abgeführt worden sei. — Zeuge: Ein solcher Fall ist mir in Erinnerung. Es handelt sich um 400 Mk., die der 2. Wahlkreis aufgebracht hat, die dann aber natürlich bloß zur Umgehung vom Parteikassierer einige Zeit später als aus dem Wahlkreis stammend veröffentlicht worden sind. — Vors.: Wissen Sie das nicht näher zu substantiieren? — Zeuge: Nein, so genau weiß ich das nicht, ich glaube aber, der Schutzmann Wenzel wird das wissen. Uebrigens muß doch der Parteikassierer darüber Auskunft geben können. Er steht doch mitten im Vereinsleben drin und muß doch wissen, woher die Gelder stammen. — Der Zeuge scheint dem sogen. geheimen Zirkular besondere Wichtigkeit beizulegen und will daraus Stellen verlesen. Der Vorsitzende bedeutet ihm aber, daß der Inhalt bereits verlesen, also bekannt sei. — Vors.: Die Anklage bezeichnet nun den Parteivorstand als Verein. — Staatsanwalt Schweigger: Nicht den Vorstand, sondern die gesamte Parteileitung. — Vors.: Die Angeklagten behaupten, die Vertrauensmänner Sitzungen seien nur unregelmäßige, zwanglose Besprechungen gewesen. — Zeuge: Nein, es waren ganz regelmäßige Sitzungen, ob in denen kein Obmann gewählt worden ist. Mir sind übereinstimmende Nachrichten von zwei, drei meiner Vertrauensleute zugegangen. Es ist unmöglich, daß soviel Personen sich die gleiche Unwahrheit erfinden sollten. — Staatsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß zwischen Wahlvereinen und Vertrauenspersonen eine gewisse Rivalität besteht? — Zeuge: Ja. — Justizrat Munckel: Bis jetzt hat der Zeuge nur sein Urteil gesagt, keine Thatsachen angeführt. Wir möchten geschieden haben, was der Zeuge aus eigener Wissenschaft weiß, was ihm von seiner Ansicht nach vertrauenswürdigen Personen mitgeteilt worden ist. Was er aus eigener Wissenschaft weiß, wird mir von Wert sein, was er von anderen Personen weiß, hat für mich gar keinen Wert. Da werde ich mir das Urteil selbst bilden. Bis jetzt habe ich nur gehört, wie der Zeuge die Sache beurteilt, da es aber darauf ankommt, wie das hohe Kollegium die Sache beurteilt, so frage ich, welche positive Thatsache weiß der Zeuge aus eigener Wissenschaft. Können Sie mir einen einzigen Beschluß, in einer geheimen Versammlung gefaßt, mitteilen? — Zeuge: **Nein, im Augenblick nicht,** bei der Unmasse Material ist mir das nicht möglich. — Justizrat Munckel: Also nichts. Ist Ihnen etwas Gesetzwidriges bekannt, was in den geheimen Versammlungen vorging? — Zeuge: **Im Augenblick nicht,** aber meine Mitteilungen sind doch von eminentem Wert, weil sie sich später bewahrheitet haben. — Vorsitzender: Die Beurteilung des Wertes Ihrer Bekundungen steht allein dem Gerichtshofe zu. — Justizrat Munckel: Sind von den Zeugen, die Sie nennen können, alle hier, oder fehlen noch welche? — Zeuge: Ich weiß nicht genau, ob noch einige fehlen. — Munckel: Die möchte ich doch aber alle geladen haben. — Staatsanwalt Schweigger beantragt, dem Zeugen zur Unterstützung seines Gedächtnisses ein Aktenstück vorzulegen, das sich aus verschiedenen Polizeimitteilungen zusammensetzt, die der Zeuge eingereicht hat. **Der Zeuge kann sich nicht als Verfasser dieses Aktenstückes bekennen,** die Verfasser auch einzeln nicht angeben. Von der Verteidigung wird es deshalb als anonym bezeichnet. Justizrat Munckel stellt den Antrag, entweder das ganze Aktenstück zu verlesen oder es dem Zeugen nicht auszuhändigen.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung über die Anträge zurück und verkündet als Beschluß: Das Gericht hat beschlossen, die Entscheidung über den Antrag des Staatsanwalts auszusetzen, die Vernehmung des Zeugen auszusetzen und ihm aufzugeben, sich bis Montag zu informieren.

Rechtsanwalt Heine bittet doch mit der Vernehmung des Zeugen noch eine Weile fortfahren zu dürfen.

Der Vorsitzende gestattet dem Verteidiger einige Fragen, hält im übrigen aber an dem Beschlusse fest.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262189605 19-11/fragment/page=0002

Rechtsanwalt Heine: Wie viel Personen nahmen denn an solchen Versammlungen teil? — Zeuge: Darüber muß ich so lange die Auskunft verweigern, bis ich die Erlaubnis meiner vorgesetzten Behörde eingeholt habe. — Rechtsanwalt Heine: Sie verweigern also die Antwort. Ueber die Berechtigung dieser Verweigerung beantrage ich einen Gerichtsbeschluß. Ich frage weiter. Herr Zeuge, Sie sagten vorhin, Sie haben bei Herrn Dr. Adolf Braun ein geheimes Zirkular gefunden, und Herr Dr. Braun sei sehr erschrocken gewesen. — Zeuge: Jawohl. — R.-A.: Nun, **Ihre** Vertrauensleute müssen Sie da sehr im Stich gelassen haben. Ich konstatiere, daß dieses angeblich geheime Zirkular in Tausenden von Exemplaren verbreitet worden ist. Es ist im Dezember 1890 im Vorwärts veröffentlicht worden. — Zeuge: Jawohl, ich erinnere mich jetzt, ich glaube, eine andere Zeitung hatte damals das Zirkular veröffentlicht, und da brachte es dann auch der Vorwärts. — R.-A. Heine: Ist es richtig, daß Sie in einem Bericht an die Staatsawaltschaft dieses Zirkular als geheimes bezeichnet haben? — Zeuge: Jawohl. — R.-A. Heine: Sie wußten ja aber doch, daß das Zirkular schon veröffentlicht war. — Zeuge: Es war mir fremd, ich erinnere mich aber jetzt der Veröffentlichung dunkel. — R.-A. Heine: Wollen Sie die Behauptung, daß Dr. Braun erschrocken war, noch aufrecht erhalten? — Zeuge: Er machte mir diesen Eindruck. — Rechtsanwalt Heine: Sie sprachen von geheimen Organisationen. Hat Ihnen irgend Jemand gesagt, daß er Mitglied der geheimen Organisation sei? — Zeuge: Jawohl. — Rechtsanwalt Heine: Wer ist dieses Mitglied? — Zeuge: **Darüber lehne ich jede Aussage ab.** — Justizrat Munckel: Wer berief die Korpore-Versammlungen? — Zeuge: Die Vertrauensleute durch Postkarten. — Rechtsanwalt Heine: Sie erinnern sich des Prozesses Hintze. War das etwa eine solche Korpore-Versammlung? — Zeuge: Jawohl. — Rechtsanwalt Heine: Dort haben Sie aber gesagt, die Versammlung war eine Fortsetzung des 2. Wahlvereins. (Lebhafte Bewegung unter den Angeklagten und Zuhörern.) — Vors.: Ich verbitte mir jede Ruhestörung, ich werde sonst den Zuhörerraum räumen lassen. Hier ist kein Theater. — Zeuge: Ich scheine von dem Vertheidiger absichtlich mißverstanden zu werden. — Rechtsanwalt Heine: Herr Kommissar, solche Insinuationen verbitte ich mir. — Zeuge: Ich wollte nur sagen, es scheint mir, als wolle man mich geflissentlich in Widersprüche verwickeln. Ich bin so vorsichtig wie nur irgend möglich in meinen Aussagen. Der Zeuge wird vorläufig entlassen. Nächster Zeuge ist der Polizeiwachtmeister bei der politischen Polizei Diener: Die Wahlkreise waren in Gruppen eingeteilt, die alle mit den Vertrauensleuten im Verkehr gestanden haben. — Vors.: Das können Sie doch unmöglich aus eigener Wissenschaft bekunden. — Zeuge: Ich bin seit 1881 bei der politischen Polizei, ich habe da viele Versammlungen bewacht und geheime Versammlungen beobachtet. Die eine fand statt am 29. Novbr. 1893 im Vereinshaus Südost, Waldemarstr. — Vors.: Sind Sie denn dabei gewesen? — Z.: Nein, selbst nicht, ich habe nur beobachtet.

— Vors.: Sie wollen also sagen, Ihre Beobachtungen haben sich auf das Abhalten von Versammlungen beschränkt. Wie groß waren die Versammlungen? — Zeuge: Etwa 50–70 Personen. — Vors.: Wo waren die Versammlungen? — Zeuge: Im Kolberger Salon. Dort waren Augustin und Waschowsky anwesend. Eine andere fand im Grunewald statt, da war Antrick dabei.

Angekl. Auer: Es entsteht hier die Frage, warum gegenüber diesen geheimen ungesetzlichen Versammlungen die Polizei nicht ihre Pflicht gethan hat und sie nicht aufgelöst hat. — Vors.: Darüber wird Ihnen der Zeuge nichts sagen können. Das ist Sache der Polizei. — Angeklagter Bebel: Wir haben aus dem Munde des Zeugen und Vorzeugen gehört, daß eine ganze Anzahl Versammlungen abgehalten worden sind. Ich meine, es muß doch festgestellt werden, wer von uns Angeklagten an diesen Versammlungen teilgenommen hat. — Vors.: Jawohl, Herr Wachtmeister, sehen Sie sich um und nennen Sie die Teilnehmer. — **Der Zeuge kann außer den vorhin schon genannten Augustin und Waschowsky und Antrick niemanden nennen.** — Rechtsanwalt Heine: Wann fand die Versammlung im Grunewald statt? — Zeuge: Sonntag nachmittag. Rechtsanwalt Heine: Ja, am Sonntag nachmittag finden im Grunewald viele Versammlungen statt. (Heiterkeit.)

Rechtsanwalt Herzfeld: Was haben Sie denn in der Versammlung im Grunewald gesehen?

Vors.: Der Zeuge sagt ja, daß er einzelne Personen gesehen und daraus den Schluß gezogen hat, daß eine Korpore-Versammlung stattfand.

Nächster Zeuge ist Kriminalschutzmann Schultz. Er behauptet, er sei selbst in der Versammlung am 29. November 1893 im Lokale Südost zugegen gewesen und erzählt: Ich hatte den Auftrag, Herrn Wengels zu observieren und sah ihn in das Lokal gehen. Ich fragte den Wirt, ob hier eine öffentliche Versammlung sei. Er sagte: Nein, Geburtstagsfeier. Es gingen noch mehr bekannte Genossen hinein und ich betrat auch den Saal und konnte darin bleiben. Später setzte sich Helbig in meine Nähe; ich ging dann fort, weil er mich schon ein bißchen kannte. (Heiterkeit.) Wengels wurde aufgefordert, den Vorsitz zu übernehmen. Neben ihn setzten sich zwei andere Genossen. Wengels nahm die Klingel und sprach zunächst seine Verwunderung aus, daß er so viele fremde Gesichter sehe. Mattutat erklärte dies damit, daß er viele Vertrauensleute mit eingeladen habe. Es handelte sich um die Besprechung des Reorganisationsstatuts und es wurde darüber Klage geführt, daß Ledebour den Entwurf zu schnell im Vorwärts veröffentlicht habe und daß Mattutat und Böhm ihre Unterschrift dazu hergegeben hätten. In der Sitzung wurde dann der Entwurf abgelehnt und später in einer Versammlung des Wahlvereins eine Kommission zur Ausarbeitung eines neuen eingesetzt. — Vors.: Wen haben Sie in der Versammlung von den Angeklagten gesehen? — Zeuge: Ich habe Gerisch, Bolze, Wengels, Werner, Fritz, Felgentreff und Harndt gesehen.

Die Angeklagten, die der Zeuge genannt, **bestreiten sämtlich**, daß sie in einer derartigen Versammlung gewesen sind. Der Vorsitzende erklärt: Ich kann diesen Widerspruch nicht lösen. Eine zweite Korpore-Versammlung will der Zeuge bei Tempel beobachtet haben, es sollen 30–35 Personen zugegen gewesen sein. Er hat dann weiter eine Versammlung im Ratskeller beobachtet, die der Abg. Singer mit einigen Genossen dort abgehalten hat. Er hat nur durch das Fenster gesehen und kann nicht sagen, was dort verhandelt worden ist. In der Anklageschrift steht, daß in dieser Versammlung über Stadtverordnetenwahlen verhandelt worden ist. — Angekl. Singer macht auf den merkwürdigen Umstand aufmerksam, daß dieser Zeuge, der doch jedenfalls den Bericht geliefert hat, heute nichts über den Verhandlungsstoff zu sagen weiß. — Der Vorsitzende bemüht sich, festzustellen, wer den Bericht über den Beratungsgegenstand geliefert hat; der Zeuge bestreitet es gethan zu haben, und es läßt sich der Urheber nicht ermitteln.

Die weiteren Zeugen sind noch sieben Kriminalschutzleute, aus deren Erkundigungen hervorgeht, daß sie beim Vorwärts, beim Parteibureau Wache gestanden haben, daß sie einzelne Genossen observiert, eine Anzahl Zusammenkünfte beobachtet haben. Die meisten nennen diese Zusammenkünfte Korpore-Versammlungen. Ihre Mitteilungen stützen sich auf geheime vertrauliche Nachrichten über den Verhandlungsstoff, die der Polizei zugegangen sind. Die Zahl der bei den geheimen Versammlungen beteiligten Personen wird von ihnen schwankend von 50–100 Personen angegeben. Die Angeklagten bestreiten gelegentliche Zusammenkünfte nicht.

Der Vorsitzende vertagt nach Beendigung des Zeugenverhörs die Verhandlung auf **Montag früh** 9 Uhr.

Schluß der Sitzung 8 Uhr abends.

Parteinachrichten.

— Ein Jubiläum konnte am Freitag unser Braunschweiger Bruderorgan, der Volksfreund, feiern. Am 15. Mai 1871, also vor 25 Jahren, wurde das Blatt vom unvergeßlichen Bracke gegründet. Viele Stürme sind über das Blatt hinweggebraust, aber es hat treu und fest gestanden für die Sache des arbeitenden Volkes. Alle die vielen prunkvoll gefeierten „patriotischen“ Jubiläen der letzten Monate verschwinden in ihrer Kulturbedeutung gegenüber diesem Jubiläum eines Arbeiterblattes. Es wird dem Proletariat auch in Zukunft ein bewährtes Kampfmittel bleiben.

— Genosse Liebknecht ist nach England gereist und wird Dienstag den 19. Mai auf einem in der Queens Hall in London seitens des Komitees des Internationalen Arbeiterkongresses, der Sozialdemokratischen Federation und der unabhängigen Arbeiterpartei anberaumten Meeting sprechen. Den Vorsitz wird der Schwiegersohn von Karl Marx, Dr. Aveling, führen, als weitere Redner des Abends werden genannt: H. Hyndmann, Tom Mann, Keir Hardie, J. Macdonald, H. Quelch, W. Steadman.

— Genosse Jöst hat im hessischen Landtage den Antrag gestellt:

„Bei Austritt aus einer der bestehenden Religionsgemeinschaften muß für alle über 14 Jahre alten Personen bei der gerichtlichen Beurkundung des Austritts ein Stempel von 6 M. verwendet werden. Dieser Betrag ist für viele unerschwinglich und muß daher als ein indirekter Gewissenszwang betrachtet werden. Der Unterzeichnete beantragt deshalb: Die Kammer möge beschließen, die Großh. Regierung zu ersuchen, alsbald die Beseitigung dieser Stempelgebühr herbeizuführen.

Mainz, den 15. Mai 1896. Franz Jöst.“

Zur Arbeiterbewegung.

— Die Maurer Breslaus beschlossen, den Generalstreik durch partielle Streiks zu ersetzen. Es wird infolgedessen die Arbeit überall da aufgenommen, wo die Forderungen bewilligt werden.

— Die Schuhmachergesellen in Blankenese haben ihre Forderungen bewilligt erhalten.

— Der Münchener Schäffler-Streik dauert fort; mehr als 400 Schäffler befinden sich noch im Ausstande. Die Forderungen der Gehilfen wurden bisher erst von einem Betriebe, der Unionsbrauerei, bewilligt. Der Sieg muß den Gehilfen werden, wenn die Opferwilligkeit der Arbeiterschaft nicht erlahmt und der Zuzug streng ferngehalten wird.

— Der allgemeine Streik der Tabakarbeiter in Berlin ist für beendet erklärt worden. Ueber diejenigen Firmen — zirka 48 — die nicht nach dem 89er Tarif zahlen, ist die Sperre verhängt worden; der Boykott soll so lange aufrecht erhalten bleiben, bis der Tarif in vollem Umfange anerkannt worden ist. Im Ausstande befinden sich noch 110 Arbeiter. 1216 Arbeitern und Arbeiterinnen ist der 89er Tarif bewilligt worden; etwa 700 Personen haben sich der Bewegung ferngehalten.

— In Dresden befinden sich die Messerschmiede der Firma Kunde u. Sohn mit der Fabrikleitung in Differenzen. Zuzug ist fernzuhalten.

— Eisenach. Fast sämtliche Zimmergesellen legten am Sonnabend wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder.

— Achtung, Metallarbeiter! Am 9 Mai haben Metall- und Holzarbeiter der Maschinenfabrik Horney und Roedel in Neustadt (Mecklenburg) infolge Maßregelung zweier Arbeiter, welche bei der Direktion vorstellig wurden, die Arbeit niedergelegt. Es werden die Metallarbeiter, die nächst Beteiligten sind Dreher, Schlosser, Schmiede, sowie sämtliche Holzarbeiter aufgefordert, hiervon Kenntnis zu nehmen. Zuschriften sind zu richten an Karl Haarder, per Adresse R. Bader, Fremdenverkehr, Neustadt in Mecklenburg. — In der mechanischen Werkstelle von C. Merz u. Ko. in Basel sind Differenzen wegen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Fabrikordnung und der Behandlung der Arbeiter ausgebrochen, weswegen wir Former, Gießer, Metalldrücker, Spengler, Schlosser, Dreher u. s. w. um Vermeidung des Zuzugs bitten. Der Metallarbeiter-Fachverein in Basel.

— Die Tischler Wismars stehen in einer Bewegung um Abschaffung von Kost und Logis beim Meister. Da es bis jetzt zu keiner Einigung gekommen ist, ersuchen sie um Fernhalten des Zuzugs.

— Die Stettiner Hafenarbeiter verdanken den raschen Erfolg ihres Streiks hauptsächlich ihrer Einmütigkeit und korrekten Haltung. Da sich kein einziger Streikbrecher fand und ihr geschlossenes Vorgehen selbst dem Bürgertum Anerkennung abnötigte, mußten die Schiffahrts-Gesellschaften wohl oder übel die gestellten Forderungen bewilligen. Auch die Neue Dampferkompagnie hat die bisher noch streitigen Punkte des Tarifs in der Hauptsache anerkannt und die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden.

— Der Streik der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins dauert fort. Die Zahl der Streikenden hat sich auf 2600 vermindert, da wiederum einige Firmen die Forderungen zum Teil bewilligten. Die Streikenden sind gewillt, den Kampf mit aller Energie fortzuführen und bitten ihre deutschen Kollegen und die übrige Arbeiterschaft, sie in ihrem Vorhaben nach Kräften zu unterstützen.

— Die Töpfer Magdeburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern einen einheitlichen Lohntarif und Beschränkung der Accordarbeit.

— Der Schuhmacherstreik in Prag dauert fort. Bis jetzt haben 63 Meister bewilligt. Ueber 1000 Gehilfen stehen noch im Streik.

— Aus Lüttich wird berichtet, daß der Ausstand in der Herstaler Waffenfabrik jetzt endgiltig beendet sei.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 18. Mai 1896.

* **Quantité négligeable.** Was ist das? Nun, der Franzose bezeichnet mit diesem Ausdrucke (sprich: kangtiteh neglischahbl) eine Größe, die so unbedeutend ist, daß man sie garnicht in Berechnung zu ziehen braucht. Als eine solche negative Größe muß der Kandidat der uneigentlichen Ordnungsparteien — die eigentlichen Ordnungsbrüder halten bislang bekanntlich noch an Herrn Prof. Arndt fest — Herr Werkzeugmeister Kühme (nicht Kühne) bezeichnet werden. Herr Kühme ist so negligeable, daß man anfangs nicht einmal seinen richtigen Namen kannte, sondern allgemein von einem Herrn Kühne sprach und schrieb. Als endlich der Name festgestellt war, gab es allgemein die Frage: „Ja, wer ist denn dieser Kühme?“ Niemand wußte Antwort zu geben, bis nach längerem Suchen der Träger des Namens entdeckt wurde und der „Werkzeugmeister“ sich als ein Händler mit Materialien zur Schuhfabrikation entpuppte. Herr Kühme handelt recht und schlecht mit Leder, Nähfaden, Wichse u. s. w. Er ist also kein Arbeiter, wie der ihm beigelegte Titel vermuten läßt, sondern ein Kleingewerbetreibender. Nun, das soll uns schon recht sein. Daß man aber seitens der Konservativen, Mittelparteiler, Antisemiten e tutti quanti auf einen so „negligeablen“ Herrn als Kandidaten für einen so wichtigen Wahlkreis, wie es der unsere ist, zurückgreifen muß, läßt erkennen, für wie vollständig aussichtslos sie die Kandidatur ansehen.

* **Die bevorstehenden Stadtratswahlen** wurden am Sonnabend in vertraulicher Besprechung des Stadtverordneten-Kollegiums erörtert, zu welcher sich 29 Stadtverordnete eingefunden hatten. Die Sitzung war seitens der Kommission zur Vorbereitung dieser Wahlen selbst einberufen worden. Es wurde in der Hauptsache ein Vorschlag debattiert, nach welchem Herr Stadtsyndikus Weller aus Brandenburg a. H. an Stelle des Herrn Stadtrat Jochmus, der bekanntlich Zweiter Bürgermeister in Kassel geworden ist, gewählt werden soll. Die über den Herrn von verschiedenen Seiten eingezogenen Erkundigungen lauteten ausnahmslos günstig, was besonders die Kommission veranlaßt hatte, mit weiteren Vorschlägen für diesen Posten zur Zeit nicht hervorzutreten, sondern sich dieselben bis zur Ersatzwahl für den von Herrn v. Holly früher eingenommenen Posten vorzubehalten. Eine Abstimmung wurde nicht vorgenommen sondern weiteres der heutigen Stadtverordneten-Sitzung überlassen.

* **Nach Halle soll verlegt werden** der Sitz der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-Aktiengesellschaft. Die Gesellschaft ist in der glücklichen Lage, für das vergangene Geschäftsjahr ihren Aktionären **13½** Proz. gemünzten Arbeiterschweiß zu gewähren. Sie nennen das Dividende; wir nennen es unbezahlten Mehrwert. Außer dieser großen Dividende wurden 302000 M. abgeschrieben und 20510 M. auf neue Rechnung vorgetragen.

* **Ein kleines Versehen.** Unter dieser Spitzmarke berichtet der Anhalt. Staats-Anz. in seiner Nummer vom Sonntag, den 17. Mai folgendes:

Ein kleines Versehen, wie es übrigens bei Zeitungen, welche gewöhnt sind, ihre Berichte über Festlichkeiten 2c. im voraus abzufassen, öfter vorkommt, ist der Halleschen Zeitung untergelaufen. Das Blatt hat sich nämlich mit seinem Referate über den ersten Tag der Jubiläumsfeierlichkeit um eine volle Woche verfrüht, indem es in seiner gestrigen Abendnummer folgende Notiz bringt:

„Dessau, 15. Mai. Die Glückwünsche des Landes hat der Herzog gestern nach der Einweihung des Friedrichsgartens entgegengenommen. Hiernach wurden die vielen aus Anhalt angemeldeten Deputationen empfangen. Heute mittag nach dem Gottesdienste wird Se. Hoheit der Herzog die Glückwünsche der Personen des Hofstaates und des Offizierkorps, welche der Regimentskommandeur Oberst v. Kracht überbringt, entgegennehmen und den Abgesandten der deutschen Höfe Audienz gewähren.“

Wenn man die Hall. Ztg. auf allen derartigen ihr unterlaufenden kleinen Irrtümern annageln wollte, so könnte man dafür eine besondere Rubrik einrichten. Eins ihrer beliebtesten Taschenspielerstückchen ist, das Datum der „neuesten Depeschen“ so umzuändern, daß sie auf den laufenden Tag lauten. Häufig genug kann man diese Depeschen schon in den auswärtigen Blättern vom Abend vorher finden. Es gehört das eben alles mit zur konservativen Ehrlichkeit.

* **Der Tischlerstreik** ist noch nicht ganz beendet, da über verschiedene Geschäfte wegen Nichtbewilligung der Forderungen die Sperre verhängt bleiben muß. Im Ausstande befinden sich noch 40–45 Mann, größtenteils Familienväter. Zuzug ist darum noch strengstens fernzuhalten.

* **Bravo!** Die Former-Arbeitsleute in der Maschinenfabrik von Wegelin u. Hübner haben vor kurzem die Erhöhung ihres Stundenlohnes von 26 auf 27½ Pf. gefordert und sofort bewilligt bekommen.

* **Aufgepaßt!** Nach Gera werden in auswärtigen Blättern Maurer gesucht, nach Leipzig Tischler und Instrumentenmacher. Wir bemerken, daß die genannten Gewerke in Gera und Leipzig ausständig sind.

* **Glück auf!** Dem Häuer Fr. Sauerzapfe aus Helbra wurden am Freitag durch niedergehendes Gestein mehrere Brüche und sonstige Verletzungen zugefügt. Sein Aufkommen ist zweifelhaft. — Auf Grube Neue Hoffnung bei Pömmelte wurden dem Bergmann Wilhelm Kunze aus Kalbe zwei Finger der rechten Hand völlig zerquetscht, als er mit der Hand zwischen die Puffer zweier Lowrys geriet. — Der Betriebsführer Rudolph auf Grube Wienand bei Nieder-Ullersdorf geriet mit dem rechten Arme ins Getriebe des Pumpwerks; dem Unglücklichen wurde der Unterarm ganz und gar zerquetscht.

Zeitz. Durch den Artikel die Gesinde-Sklaverei soll der Volksbote Staatseinrichtungen lächerlich gemacht haben. Genosse Henschel wurde als Verantwortlicher bereits darüber vernommen. Wenn die Gesindeordnung zu den „Staatseinrichtungen“ zählen soll, dann ist es sicherlich eine, mit welcher der Staat keinen Staat machen kann.

Weißenfels. Während die Zeit von Weihnachten bis Pfingsten für die Schuhfabrikation die arbeitsreiche Zeit sein soll, ist heuer hier eine allgemeine Flaue zu bemerken, welche auf den Hochstand der Lederpreise und auf die Spekulation der kapitalkräftigen Großhändler zurückzuführen ist.

Weißenfels. Im benachbarten Uichtritz sprach Sonntag nachmittag vor recht gut besuchter Versammlung Ad. Thiele aus Halle über Landwirtschaft und Sozialismus. Die 1¼stündige Rede wurde sehr beifällig aufgenommen und gipfelte in dem Satze, daß der Kleinbauer sich selbst den größten Nachteil zufügt, wenn er sich ins Gefolge der Konservativen und ihres nationalliberalen Anhangs begiebt. Er ist verloren genau so gut wie der Industriearbeiter. Mit diesem muß er gehen, die Interessen beider sind dieselben. Gegner traten, obwohl ihnen vollste Redefreiheit zugesichert war, nicht auf. Auch sie konnten sich der schlagenden Beweisführung, die der Redner an der Hand der Agrarpolitik erbrachte, nicht entziehen. Alle die steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die von den Agrariern veranlaßt worden sind, die Höferollen, die Rentengüter, die Liebesgabengesetze u. s. w. u. s. w. schlagen ausnahmslos zum Nachteil des Kleinbesitzers und zum Vorteil der Großgrundbesitzer aus, die von den Kleinbauern ebenso bekämpft werden müssen, wie der Industrieproletar den Kapitalismus bekämpft.

Grösstes Spezial-Etablissement für
Damen-Putz u. Weisswaren.
Unübertroffene Auswahl. Anerkannt billigste Preise.

Garnierte und ungarnierte
Damen- und Mädchen-Hüte
von der einfachsten bis zur elegantesten Art.
Knaben-Hüte und Mützen.
Seidenband, Spitzen, Stickereien, Blumen, Federn, Schleiertülle, Handschuhe, Fächer, Regenschirme, Sonnenschirme und sämtliche Putzfournituren.

Geschäftshaus
J. LEWIN
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.
Proben und Kataloge gratis.
Aufträge von 20 M. an portofrei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960519-11/fragment/page=0003
DFG

Magdeburg. Das schmeckt. Die konsolidierten Alkaliwerke zu Westeregeln bei Wanzleben haben im vergangenen Jahre trotz verminderten Absatzes nach Bestreitung sämtlicher Generalkosten, Reparaturen, Obligationszinsen u. s. w. 637 638.81 M. abschreiben können und außerdem **1 422 652.89 M.** Reingewinn erzielt. An die Direktoren und Beamten werden ziemlich 99 000 Mark Tantiemen und Gratifikationen gezahlt, an die Aufsichtsräte ebensoviel, und außerdem werden 419 000 M. in besondere „Reserve“ gestellt, um den Riesenprofit nicht allzu deutlich werden zu lassen. Dem Pensionsfonds werden weitere 20 000 M. und dem Unterstützungsfonds 20 337.71 M. zugeführt. Ja, ja! Es ist ein schweres Brot, Aktionär zu sein! Die begehrlichen Arbeiter wollen das bloß nicht einsehen.

Erfurt. Die Stadtverordneten lehnten die vom Magistrat beantragte Pensionierung des Sparkassenrendanten Rosenhase ab, der wegen Unregelmäßigkeiten zunächst vom Dienste beurlaubt worden ist. Das fehlte gerade noch, daß auch solche Beamten pensioniert werden, so lange nicht ihre Unschuld vollständig erwiesen ist!

Kleine Provinzial-Chronik. Bei Großgrimma (Hohenmölsen) soll ein weiteres Braunkohlenwerk errichtet werden. — In Krauschwitz bei Teuchern wurden beim Abbrechen des Brandschuttes der alten Froschschenke zwischen Thürfüllung und Lehmwand in einer Strumpfsocke an 100 Silbermünzen gefunden, deren Gepräge vom Ausgang des vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts stammte. — Bei Hettstedt wurde am Freitag abend auf der Schlackenhalde gegenüber dem Lichtlöcherwege der Fuhrknecht Hartwig von seinem Wagen überfahren und sofort getötet. — In Beesedau rutschte der Gutsbesitzer Schnitzker beim Zudecken der Mistbeetfenster aus, fiel ins Glas, zerschnitt sich eine Schlagader, merkte das nicht, brach aber an der Thüre zusammen und starb nach kurzer Zeit an Verblutung.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die anständigen Damen im Zuhörerraum. Vor einer Abteilung des hiesigen Schöffengerichts kam dieser Tage wieder einmal der Fall vor, daß der Vorsitzende es den anwesenden weiblichen Zuhörern anheimgab, den Saal zu verlassen, da wahrscheinlich Dinge berührt werden müßten, die für die Ohren anständiger Frauen nicht paßten. Trotz dieses Hinweises rührte sich niemand von der Stelle. Nach kurzer Pause meinte der Vorsitzende: „Ich nehme an, daß alle anständigen Damen den Zuhörerraum verlassen haben, so daß wir uns nun nicht mehr zu genieren brauchen!“ Die anwesenden Frauen schlugen die Augen zu Boden und — blieben sitzen. Die deutschen „Gretchen“ vertragen schon einen Puff.

Potsdam. Der Referendar Dr. v. Bötticher ist am Himmelfahrtstage auf dem Wittwien-See bei Rheinsberg durch Kentern des Bootes verunglückt.

Frankfurt a. M. Im Prozesse gegen die Eisenbahnschaffner wegen Fahrkartenunterschleifes wurde Sonnabend vormittag das Urteil verkündet, dasselbe lautet gegen die Schaffner Christian Müller und Adam Schmidt auf je 1 Jahr und zwei Monate Gefängnis, gegen Philipp Heimlich auf 10 Monate, gegen Johann Burkhard auf 6 Monate und gegen den Bahnsteigwärter Heinrich Preß auf 2 Monate und 3 Tage Gefängnis.

Dresden. Eine geborstene Ordnungssäule wurde in der Person des Sparkassenkassierers Julius Schulze aus Gottleuba wegen Unterschlagung von mindestens 26 900 M. zu vier Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Schulze verzehrte mit Vorliebe jeden Tag einige Sozialdemokraten, weil diese schlechten Kerle „teelen“ wollen. Damit war er nicht zufrieden, denn er wollte für sich alles haben.

München. Noch eine Ordnungssäule. In Neunburg v. W. erregt die Verhaftung des Stadtsekretärs, Standesbeamten und Sparkassenkassierers Jos. Schlag große Aufregung. Die unterschlagenen Summen dürften 80—90 000 M. betragen. Die Betrügereien reichen auf mindestens 15 Jahre zurück und konnten trotz mehrfacher Revisionen nicht entdeckt werden. In den katholischen Männervereinen spielte der Herr eine Hauptrolle.

Breslau. Auf dem Juliusschachte bei Waldenburg sind infolge des Einsturzes eines Gerüstes 6 Montierungsarbeiter schwer verunglückt.

Vermischtes.

* **Ein furchtbares Verbrechen** ist in Konstantinopel entdeckt worden. In einem Hause in Pera machte sich seit einiger Zeit Verwesungsgeruch bemerkbar, und als man sich endlich entschloß, die Polizei zu benachrichtigen, fand diese die ganze Bewohnerschaft des Hauses, nämlich eine in der galanten Welt sehr bekannte Schöne, deren Mutter, den Koch, sowie ein Schoßhündchen ermordet und größtenteils schon in volle Verwesung übergegangen vor. Vor der Hand glaubt man, daß es sich um einen Mord aus Eifersucht handle und hat auch den früheren Geliebten der Dame verhaftet. Der Mord dürfte etwa acht Tage zuvor verübt worden sein.

* **Ein Cyklon** (Wirbelsturm) zerstörte am Freitag nachmittag den westlichen Teil der Stadt Sherman (Texas, Nordamerika) vollständig. Der Verlust an Menschen wird auf 60 Personen geschätzt. Viele andere sind tötlich verletzt. Häuser und Bäume wurden vom Orkan fortgerissen. Man befürchtet, daß aus den Landdistrikten noch weitere Unglücksfälle werden gemeldet werden. Gleichzeitig wurden durch eine Wasserhose in Howe (Texas) acht Personen getötet und viele verletzt.

* **„—ohlgeboren!“** Auf den Briefumschlägen, welche die Aufforderung zur Selbsteinschätzung enthalten, stehen die Buchstaben „—ohlgeboren“ vorgedruckt, woraus zu erkennen ist, daß die Berliner Einkommensteuer Veranlagungskommission der Selbsteinschätzung vorgreift, indem sie die Steuerzahler teils als **Wohl**geborene, teils als **Hochwohl**geborene schätzt. Die „Germania“ gestattet sich die Kritik, daß die Einteilung in zwei Klassen für die bestehenden und von den Behörden anerkannten Standesunterschiede lange nicht ausreicht, und macht den Vorschlag, noch eine genauere Rangordnung der Steuerzahler einzuführen. Es brauchten dabei die alten, mit „—ohlgeboren“ gedruckten Briefumschläge nicht fortgeworfen zu werden, sondern man könnte sie auch für die weiteren standesgemäßen Aufschriften verwerten, sie wären nur folgendermaßen zu ergänzen:

An einen Demagogen: Euer H-ohlgeboren.
An einen Agrarier: K-ohlgeboren.
An einen Reichsunmittelbaren: Monop-ohlgeboren.
An einen Bankier: Cons-ohlgeboren.
An einen Spiritusbrenner: Alkoh-ohlgeboren.
An einen Börsianer: Kapit-ohlgeboren.
An einen Raufbold: Vitri-ohlgeboren.
An einen Käsehändler: Stani-ohlgeboren.
An einen Anarchisten: Ravach-ohlgeboren.
An einen Gigerl: Salontir-ohlgeboren.
An eine Ballettratte: Friv-ohlgeboren.
An einen Duellwüterich: Pist-ohlgeboren.
An einen Gelenkrheumatiker: Ichty-ohlgeboren.
An einen Findling: Aufs Geradew-ohlgeboren.

* **Die Cholera** breitet sich in den Hauptstädten von Egypten, Kairo und Alexandrien, aus. Die Schulen wurden geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

Streitende. Die Gehilfen der Barbiere und Friseure dürfen auch an solchen Sonntagen nicht nach 2 Uhr beschäftigt werden, die für den Handelsverkehr freigegeben worden sind. Ausgenommen ist die berufliche Thätigkeit bei Vorbereitungen für Theatervorstellungen u. s. w.

B. in R. Ueber die Nachteile der Doppelwährung und ihren verhängnisvollen Einfluß auf die Arbeiterlöhne im Rahmen einer Briefkastennotiz Aufschluß zu geben, ist unmöglich.

Alter Abonnent. Die Altersrente wird denen gezahlt, die das 70. Lebensjahr überschritten haben. Die Invalidenrente erhalten solche Leute, die versicherungspflichtig waren, aber nicht mehr im stande sind, durch irgend eine ihren Fähigkeiten und Kräften entsprechende Thätigkeit ⅙ des Durchschnittseinkommens ihrer Lohnklasse und ⅙ des ortsüblichen Tagelohnes zu verdienen.

T. in S. Ja!

Quittung.

Für die Tischler von den Zimmerern durch Hampel 25 M. zur Unterstützung der Lohnbewegung der Tischler erhalten.

Auf Liste 115 auf der Bischofswiese gesammelt für die Tischler 7.65 M.

„Kragler“, Ertrag des letzten Spiels für den Wahlfonds 4.50 M.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 16. Mai.

Aufgeboten: Der Predigtamts-Kandidat Edmund Göhring und Bertha Wendt (Liebenauerstraße 179 und Martinstraße 2). Der Ingenieur Eduard Schlüter und Josepha Schlegel (Halle a. S. und Konstanz). Der Bergmann Reinhold Graser und Therese Seifert (Unterröblingen und Eisleben).

Eheschließungen: Der Maschinenschlosser Adolf Mayer und Luise Gallasch (Merseburgerstraße 147 und Ankerstraße 6). Der Rittergutsbesitzer Wallrad von Biela und Elise Koch (Wrechow und Händelstraße 3). Der Lederarbeiter Joseph Schmikale und Bertha Lucht (Taubenstraße 15). Der Kaufmann Alfred Nitsche und Marie Krause (Hamburg und Hermannstraße 31). Der Postsekretär Friedrich Grosch und Klara Schäfer (Köln-Ehrenfeld und Magdeburgerstraße 56). Der Schriftsetzer Paul Benecke und Ella Herrmann (kl. Brauhausstraße 14 und Nikolaistraße 1). Der Litograph Richard Kern und Margarete Hottenroth (Giebichenstein und Schmeerstraße 13). Der Maurer Wilhelm Machulka und Friederike Fahr (Schützenstraße 2). Der Maurer Karl Butzmann und Marie Stiefel (Unterplan 7). Der Güterbodenarbeiter Nikolaus Paliga und Selma Schmidt (Fleischerstraße 3 und Hagenstraße 7). Der Maurer Max Denkewitz und Marie Dohndorf (Thorstraße 25). Der Schuhmacher Gustav Penndorf und Anna Erbstein (Schimmelstraße 18 und Rieda).

Geboren: Dem Bahnarbeiter Hermann Greiner ein S., Karl Hermann (Lessingstraße 7). Dem Maurer Waldemar Grauert ein S., Richard Karl (Brunnenplatz 11). Dem Bureau-Assistent Karl Kleine ein S., Günther Karl Heinrich (Ackerstraße 7). Dem Schaffner Friedrich König ein S., Paul Willy (Hardenbergstr. 3). Dem Bäckermeister Hermann Hädicke ein S., Kurt Arthur (Friedrichstraße 62). Dem Handarbeiter Albert Jeserig eine T., Martha Frieda Hedwig (Thorstraße 33). Dem Klempner Paul Himburg eine T., Helene (Henriettenstraße 1). Dem Eisendreher Franz Eichapfel ein S., Hermann Franz Max (Schwetschkestraße 14). Dem Fabrikarbeiter Karl Burghardt ein S., Otto Richard Karl (Schülershof 1). Dem Modelltischler August Lindemann eine T., Hedwig Frieda (Turmstraße 155). Dem Tischlermeister August Jungblut ein S., Willy Kurt (Bauhof 5). Dem Kaufmann Kurt Breitkopf eine S., Marianne Agnes Gertrud (Thomasiusstr. 49). Dem Handarbeiter Karl Schmidt eine T., Emilie Frieda (Kapellengasse 2). Dem Klempnermeister Gustav Brose eine T., Dora Auguste Anna (Leipzigerstraße 96). Dem Bergmann Wilhelm Landsbach eine T., Helene Emma Gertrud (Thomasiusstr. 44).

Gestorben: Des Maurer Karl Göricke T. Ella, 8 M. (Spitze 23). Des Masseur Emil Oertling S. Berthold, 3 J. (Heinrichstraße 8). Der Dienstmann Theodor Schreiter, 62 J. (Krausenstraße 27). Des Chausseegelderheber Friedrich Rückriem Ehefrau Henriette geb. Töpfer, 63 J. (Breitestraße 30). Des Lohndiener Max Schläger S. Hans, 8 M. (Forsterstraße 56). Des Arbeiter Eduard Kummer S. Hermann, 11 J. (Klinik).

Für die Redaktion verantwortlich: **A. Weihmann** in Halle

Versammlung des Fachvereins der Maurer von Halle und Umgegend
Dienstag den 19. Mai in der Moritzburg.
Tagesordnung: 1. Wie kommen wir am besten zum Ziele mit unserer Organisation.
2. Vereinsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

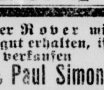
Frühlingsfest Des Gesangvereins Vorwärts
(gemischter Chor.)
Montag den 25. Mai (zweiten Pfingstfeiertag) im „Neuen Theater.“
Nachmittags von 4 Uhr an Kränzchen, abends Ball.
Der Vorstand.
Karten sind zu haben bei **Grothe** (Händelpark) und **Albrecht**, Lindenstraße 53.

Soeben erschien: Arbeiter-Katechismus.
Eine sozialdemokratische Antwort auf das Preisausschreiben des Pfarrers Weber zur Anfertigung eines Arbeiter Katechismus für evangelische Arbeiter.
Von **Richard Calwer.**
Preis 10 Pf.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung** Bölbergasse 1.

Moritz Restaurant (Harz 51.)

Heute Dienstag **großes Schlachtefest** früh 8 Uhr **Wellfleisch**, **abends Wurst u. Suppe.**
Wurst und Fett auch außer dem Hause. Es ladet ergebenst ein **A. Moritz.**

Restaurant zum heiteren Blick
Delitzscherstraße 23.


Morgen Dienstag den 19. Mai großes Schlachtefest wozu ergebenst einladet **M. Bottig.**

Gerade die Herren-Schneider sollten genau prüfen, wo sie am besten und billigsten kaufen. Keiner unterlasse einen Versuch zu machen im Spezialgeschäft **Max Strauss**, gr. Ulrichstr. 26.

1 gebrauchter Rover mit Kissenreifen, gut erhalten, ist preiswert zu verkaufen
Albin & Paul Simon.

Geübte Schneiderin sofort gesucht Frau Linke, Dorchstr. 2 part.

Möbelfabrik und Magazin Bernh. Grunwald, Rathausstraße 6,
empfiehlt sein großes Lager selbstgefertigter **Möbel, Spiegel** und **Polsterwaren** zu billigsten Preisen. Durch Ersparung hoher Ladenmiete und nur eigene Fabrikation biete ich dem geehrten Publikum in meinen bedeutend vergrößerten Arbeits- und Lagerräumen nur **gute selbstgefertigte Möbel**, sowie permanent aufgestellte **kompl. Zimmereinrichtungen** unter jeder gewünschten Garantie zu den denkbar billigsten Preisen.
Kein Laden, nur Rathausstraße 6, Bernh. Grunwald, Tischlermeister.

2.80 Jeder Hut 2.80
hochelegante Ausstattung.
Strohhüte Strohhüte für Herren und Knaben in **riesiger Auswahl** zu besonders billigen Preisen.
Straßburger Hut-Bazar
nur allein **14 Leipzigerstraße 14** nur allein
2.80 Hüte mit Kontrollmarke 2.80

Für Turner!
Turner-Schuh von 1.25 an
Turner-Hosen von 2.00 an
Turner-Hemden v. 1.30 an
Turner-Jacken von 1.00 an
H. Elkan
Warenhaus für sämtl. Bekleidungsgegenstände
nur Leipzigerstr. 89.

Kinderwagen, Korbwaren,
konkurrenzlose Auswahl, billigste Preise.
A. B. Schmidt,
30 große Steinstraße 30

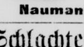
Ein Kinderwagen zu verkaufen ...

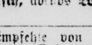
Walhalla-Theater.
Direktion: [illegible]
Neuer Spielplan!
Das **Julian-Sextett**, englische Tanz-Sängerinnen. — Das **Hans Hansen-Trio**, Bravour-Gymnastiker auf dem Steh-Trapez. — **Brothers Wittington**, Kopf- und Hand-Equilibristen. — **The Red Devils**, Feuer-Jongleuere. — **Clown Prince** mit seinen abgerichteten Wunder-Bären. (Sensationeller **Ringkampf m. Bären**) — Miß **Merry** mit ihrem „Affen als Kunstreiterin“. Frl. **Margarethe Fantaska**, Lieder- u. Walzersängerin. — Herr **Karl Baron**, Original-Gesangs- und Charakter-Humorist.
Anfang 8 Uhr. ... gegen 11 Uhr.

Schuhwaren
in nur guter Qualität zu nachstehend billigsten Preisen.
Kinder-Knopf- u. Schnürst., gelbe Schuhe 2c. v. 1.00 ℳ an,
Plüschschuhe „ 2.50 „ „
Damen-Zeug-Promenadenschuhe „ 2.— „ „
Damen Zugstiefeln „ 4.75 „ „
Damen Halbschuhe „ 3.25 „ „
Herren Zugstiefeln „ 6.00 „ „
„ Zug- u. Schnürsch. „ 4.90 „ „
Schaftstiefeln „ 5.50 „ „
gelbe Schuhe, Radfahrerschuhe, Pantoffeln 2c. in allen Größen und Preislagen.
W. Wetterling, Geiststr. 35

Konkurs-Ausverkauf
Schülershof 22.
Leinen- u. Baumwollwaren, Bettzeuge, Inlett, Kleiderstoffe, Kattun, Jacken und Mäntel, Kinderkleidchen.

Abbruch!
Hansjack 1, Trödel 9
Wegen Räumung des Platzes morgen Dienstag den 19. Mai, vorm. 11 Uhr, große Alt- u. Brennholz-Auktion.


Dienstag **Schlachtefest.**
W. Rüdiger, Thomasiusstr. 6


Dienstag **Schlachtefest.**
Naumann, Schwetschkestr. 36.

Schlachtefest. Dienstag früh 9 Uhr **Wellfleisch,** abends **Wurst und Suppe**
Viktoriaplatz 6.

Empfehle von Montag abend an **Blut u. Leberwurst à Pfd. 75 Pf. ff. hausschlachtene Ware.**
Weidenplan 27 im Restaurant.

Rasieren 5 Pf., **Haarschneid. 15 ₰** f. **Kinder 10 ₰** **Andr. Zöhler.** Schülershof 11.

Zigarren, gute kräftige zu 5 ₰ **Nr. 52.**
Echt Hanewacker Kautabak
Barnick, Wucherertr. 59.

Gebrauchten **Kinderwagen** verk. bill. Giebichenstein, Burgstr. 46 Hof.

Wohnungen zu vermieten kl. Sandberg 18, zu erfragen Hinterhaus II.

Anständige **Schlafstelle,** Mansfelderstraße 60, Hof II Tr.

Freundl. möbl. Zimmer für 15 Mk. zu vermieten Georgstr. 9, II. r.

Schlafstelle offen Augustastr. 13, Hof II.

Anständ. Schlafstelle offen Steinweg 4

Seid. Sonnenschirm am 1. Mai im Tinzer Garten mitgen. Um Abgabe i. d. Exped. d. Bl. wird gebeten.

J. M.
L. E. mache das Maß nur ordentlich voll. Laß es aber ja nicht überlaufen.

Ich erkläre hiermit, daß ich irrtümlich Frau Höne, Beesener... 20 beschuldigt ...

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960519-11/fragment/page=0004
DFG

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 114. Halle a. S., Dienstag den 19. Mai 1896. 7. Jahrg.

Saalbesitzer und Politik.

Ein Wort an die Gastwirte.

In einer der letzten Nummern des Organs des Deutschen Gastwirtverbandes, Das Gasthaus, finden wir folgenden Artikel, den die furchtsamen und rückgratschwachen Gasthofsbesitzer beherzigen möchten. In einem Leitartikel „Polizeistunde und Politik“ schreibt das Blatt nämlich folgendes:

Klagen über Handhabung des Polizeistundenwesens sind bekanntlich nichts Seltenes. Und ebensowenig ist es selten, daß die Gast- und Schankwirte, welche sich in Bezug auf die Polizeistunde anderen Kollegen gegenüber zurückgesetzt glauben, die Ursache hiervon in ihrer wirklichen oder scheinbaren politischen Stellung erblicken. Es kommt ja wohl auch vor, daß ein Wirt, der persönlich einmal mit irgend einem Polizeibeamten des Orts in Differenzen geraten ist, es darauf zurückführt, wenn ihm seitens der Behörde ein Ersuchen um dauernde oder gelegentliche Verlängerung der Polizeistunde oder um Genehmigung einer öffentlichen Tanzlustbarkeit abgeschlagen wird. Viel häufiger aber und begreiflicherweise leichter nachweisbar ist, daß Wirte nur deshalb für ihre etwaigen Wünsche bei der Ortspolizei auf keinerlei Entgegenkommen rechnen dürfen, weil sie ihre Räume, seien es Vereinszimmer oder Versammlungssäle, an Vereine oder Versammlungen von einem bestimmten politischen Charakter, den wir kaum näher zu bezeichnen brauchen, herzugeben pflegen.

Wir haben eine solche Handhabung des Polizeistundenwesens stets beklagt. Und zwar insofern, wie wir glauben mit Recht, als man einesteils politisch unbequeme Parteirichtungen mit derartigen Nadelstichen — Erschwerung von öffentlichen und Vereinsversammlungen — ja doch nicht auf die Dauer erfolgreich bekämpfen kann. Man kann die Angehörigen einer Partei zwar dadurch ärgern, daß man ihrem Wirtshausverkehr und ihren Versammlungen ein verhältnismäßig frühes Ende bereitet oder ihnen gar durch Einwirkung auf die Wirte das eine oder das andere Lokal ganz abwendig macht, aber — durch solche kleinen Aergernisse bekehrt man niemanden von seinen politischen Anschauungen, seien dieselben auch etwa noch so verkehrt. Es ist sogar nichts weniger als ausgeschlossen, daß derartige, von den Betroffenen als bloße Chikane aufgefaßten Maßregelungen diejenigen, gegen welche sie sich richten, noch verbissener machen, in ihren Anschauungen, auch in verkehrten, noch bestärken.

Andererseits wird auch nicht in Abrede gestellt werden können, daß die um politischer Rücksichten willen erfolgende Zurücksetzung von Wirten in Bezug auf Polizeistunde und dergleichen mehr im wesentlichen unschuldige Mittelspersonen trifft. An Orten mit starker Arbeiterbevölkerung sind doch die Wirte geradezu gezwungen, falls sie existieren wollen, auf die Wünsche dieser Bevölkerungsklasse Rücksicht zu nehmen. Ein Wirt, der sich weigert, seinen Saal für eine Arbeiterversammlung herzugeben oder seine Vereinszimmer für einen sich aus denselben Kreisen rekrutierenden Gesang-, Turn-, Disputier- oder sonstigen Klub zur Verfügung zu stellen, oder der sich nicht einmal dazu versteht, eine von seinen Stammgästen gewünschte Zeitung in seinem Lokal auszulegen, der mag eben einfach die Bude zumachen. Wer letzteres nicht will, der muß bis zu einem gewissen Grade — denn wir sind die letzten dazu, den Wirten den völligen Verzicht auf Unabhängigkeit gegenüber seinen Gästen anzuempfehlen — seinen Gästen entgegenkommen.

Ein richtiger Wirt, wie er sein soll und muß, sollte überhaupt nach den politischen Ansichten seiner Gäste nicht fragen, sondern sich jeden Gast und jede Vielheit von Gästen gefallen lassen, so lange diese einzeln und in ihrer Vereinigung sich so betragen, wie es sich gebührt. Ein Wirtshaus soll neutraler Boden sein, auf dem sich jeder bewegen darf, der daselbst anständig verkehrt und die Mitgäste nicht belästigt. Ein Wirt, der auf Ordnung in seinem Bereiche hält, der den Anforderungen des § 33 der Gewerbeordnung entspricht, also weder der Völlerei, noch der Unsittlichkeit, noch auch verbotenem Spiele Vorschub leistet, der sollte von den Behörden in seinem Gewerbe geschützt und gefördert und nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß man ihn wegen der bloßen Gesinnung der Leute, die bei ihm öfter oder ständig verkehren, hinsichtlich Polizeistunde ꝛc. als Wirt zweiter Klasse behandelt. Man sollte niemals vergessen, daß die Wirte, gleichviel ob sich ihr Betrieb auf ein Gastzimmer beschränkt oder zugleich auf Räume für kleinere und größere Gesellschaften und Versammlungen erstreckt, doch immer Gewerbetreibende bleiben, die als solche im allgemeinen nach der politischen Gesinnung ihrer Kundschaft nichts fragen.

Anlaß dazu, diese Betrachtungen einmal wieder aufzufrischen, giebt uns ein Artikel eines hiesigen Blattes über „die Polizeistunde in Rixdorf als behördliches Kampfmittel“. Der Artikel berichtet über eine in den „Viktoria-Sälen“ in Rixdorf stattgehabte Versammlung von Wirten, in welcher über die daselbst übliche Handhabung des Polizeistundenwesens lebhafte Beschwerde erhoben wurde. Wir wollen nicht alles wiederholen, was in dieser Versammlung erzählt wurde, sondern uns nur auf einige wenige Angaben beschränken. Danach sollen die „arbeiterfreundlichen“ Wirte Rixdorfs fast sämtlich auf die Polizeistunde gesetzt sein (im Winter um 10 Uhr, im Sommer um 11 Uhr) im Gegensatz zu ihren politisch anders gesinnten Konkurrenten. Ein Gendarm, dem die Einladung zu der Versammlung von einem Wirte gezeigt wurde, soll — wenigstens wurde dies von einem der Redner versichert — gerade herausgesagt haben: „Der Proletarier-Freund kann machen, was er will, er bekommt die Verlängerung (der Polizeistunde) doch nicht, ebensowenig wie alle anderen Proletarier-Freunde!“

Wir haben diesem Artikel des Organs der Deutschen Gastwirte nur den Wunsch hinzuzufügen, er möge von allen Saalbesitzern beherzigt und befolgt werden. Die Waschlappigkeit vieler Wirte giebt erst der Polizei den Mut, sie zu knutschen. Natürlich haben auf der andern Seite die Arbeiter auch die Pflicht, nach Kräften solche Wirte zu unterstützen, die sich um ihretwillen den Polizeichikanen aussetzen. Auch das ist ein Teil des Kampfes gegen die Reaktion, der in der Hauptsache doch nur von der klassenbewußten Arbeiterschaft geführt werden muß. Und es will scheinen, als ob nicht alle Arbeiter die ungeheure Wichtigkeit dieses Teiles unseres unerläßlichen Kampfes hoch genug würdigten.

Der tugendhafte Asim.

Man führte einen Schelm zum Galgen. Der tugendhafte Asim sah es bekümmert und sprach dann, die Blicke himmelan gerichtet:

„Ich danke dir, gütiger Gott, daß du mich nicht verderben ließest wie diesen.“

Ein Trunkenbold taumelte durch die Straßen, bis er endlich in die Gosse fiel und zum Spott der Leute dort lag.

Der tugendhafte Asim sah es bekümmert und sprach dann, die Blicke himmelan gerichtet:

„Ich danke dir, gütiger Gott, daß du mich nicht zum Gespött werden lassest gleich diesen.“

Jemand machte seinem Leben ein Ende, indem er sich in den Fluß stürzte. Es war ein Spieler, der all sein Gut und noch manches Anvertraute verspielt hatte. Als man ihn aus dem Wasser zog, war er schon tot.

Der tugendhafte Asim sah es bekümmert und sprach dann, die Blicke himmelan gerichtet:

„Ich danke dir —“

„Halt, Freundchen!“ unterbrach ihn da eine Stimme und eine Hand legte sich auf seine Schulter.

Er sah sich erstaunt um.

Es war ein großes, starkes Weib mit schönem, verführerischem Antlitz, in dem jedoch auch ein kräftiger Zug der Gemeinheit lag.

„Wer bist du? Was willst du?“ fragte Asim.

„Du kennst mich nicht, ich weiß es. Und das ist dein Glück; denn wäre ich je zu dir gekommen, so hätte ich sicherlich die Tugend aus deinem Hause gescheucht und du könntest nicht wie jetzt demütig stolz dem Himmel danken. Dank daher mir, daß ich deine Schwelle bisher gemieden.“

„Wer bist du?“ fragte Asim nochmals.

„Wenn mich der Zufall führt, heiß' ich — Gelegenheit, wenn mich der Wille lenkt, so nenn' ich mich — Versuchung.“

D. Haek.

Soziale Uebersicht.

Die Großen fressen die Kleinen. Nach den Angaben in Wolfs Jahrbuch der deutschen Aktienbrauereien und Aktienmalzfabriken giebt das neueste Heft des Schmollerschen Jahrbuches für Gesetzgebung ꝛc. eine Statistik der deutschen Aktienbrauereien bis zum Jahre 1893/94. Daraus ergiebt sich der stetige, rasche Fortschritt des Großbetriebs im Brauereiwesen, der die Kapitalien so gut wie die Arbeitermassen zusammenhäuft und den schwachen Klein- und Mittelbetrieben mitleidlos den Untergang bereitet. Es stieg die Zahl der Aktienbrauereien von 263 im Jahre 1888/89 auf 330 im Jahre 1893/94, das gesamte eingezahlte Aktienkapital von 272 427 336 Mark auf 318 180 268 M. im gleichen Zeitraum, der Bierabsatz von 11 904 233 Hektoliter im Jahre 1888/89 auf 15 663 083 im Jahre 1893/94. Der Reingewinn betrug 1888/89 25 911 536 M., 1893/94 25 777 156 M., die Dividendensumme 1888/89 20 416 477 M., 1893/94 20 472 621 M., das sind in Prozenten des Aktienkapitals 7,50 bezw. 6,44 Prozent.

Die Dividenden sind künstlich, schon um den „gefährlichen“ Eindruck auf die Arbeiter zu vermeiden, etwas gleichmäßiger gemacht worden. Die Gewinnanteile, die vor allem der Direktion und dem im Schweiße seines Angesichts Kupons schneidenden Aufsichtsrat in den Schoß fallen, betrugen 1888/89 2 838 018 M., das sind 10,96 Proz. des Reingewinns, 1893/94 2 244 520 M., das sind 12,59 Prozent des Reingewinns. Die Durchschnitte schwanken zwischen 10,96 und 13,87 Proz., bei Schultheiß, dem Berliner Rozsicke-Betriebe, erreichten sie 1893/94 sogar 18,76 Proz.! Der Zugang zu den Rücklagen stieg von 15,88 Proz. des Reingewinns in 1888/89 auf 17,04 Proz. in 1893/94. Das gleiche gilt für die Abschreibungen, die sich 1888/89 auf 12 965 523 Mark (3,51 Prozent des Anlagekapitals), 1893/94 auf 18 658 044 M. (4,05 Proz.) beliefen, der sicherste Beweis für die wachsende Einträglichkeit der Unternehmungen. Das Braugewerbe, das so fest auf große Kapitalsmassen begründet ist und sich in ununterbrochenem Aufstiege entwickelt, ist sicherlich fähig, einen durchgreifenden Schutz und angemessene Lebenshaltung seiner Arbeiter zu tragen. Zahlen beweisen.

Die aufgelösten Berliner Parteiorganisationen vor Gericht.

Nachdem wir in der vorigen Nummer im allgemeinen über den zur Zeit in Berlin sich abspielenden Prozeß berichtet haben, lassen wir heute die ausführlichen Referate über die Verhandlungen folgen:

I. Verhandlungstag.

(Nach Erledigung der allgemeinen Formalitäten):

Vors.: Ich beginne also mit dem Verhöre. Die sechs Wahlvereine bilden hier die Grundlage der Organisation? — Auer: Nein, die Grundlage bildet das Statut, das in Halle genehmigt worden ist. Hier in Berlin besteht in jedem Wahlkreise je ein Wahlverein. — Vors.: Nun behauptet die Anklage, es besteht neben der öffentlichen Organisation noch eine geheime. Geben Sie das zu. — Auer: Nein, das ist absolut falsch. — Vors.: Stehen an der Spitze der Wahlvereine Vertrauensmänner? — Auer: Nein, im Gegenteil, sie haben mit der Führung der Geschäfte in den Vereinen absolut nichts zu thun: — Vors.: Wie steht es mit den Revisoren. — Auer: Sie sind keine dauernde Institution, sie werden gewählt zur Kassenkontrolle und üben diese von Zeit zu Zeit aus. — Vors.: Was hatte die Agitations- und Preßkommission zu thun? — Auer: Die Agitationskommission hatte für die Ausbreitung sozialdemokratischer Ideen in der Provinz Brandenburg zu sorgen. Die Preßkommission hat eine gewisse Kontrolle über den Vorwärts auszuüben bezüglich der Versammlungsberichte und der Inserate. Sie hatte über Beschwerden zu entscheiden. Die Lokalkommission hatte die Saalfrage zu regeln. — Vors.: Jeder Wahlverein hatte einen Vorstand? — Auer: Jawohl, selbstverständlich. — Vors.: Wie regelte sich der Verkehr der Parteileitung mit den Wahlvereinen? — Auer: Die Wahlvereine standen in gar keiner Verbindung mit der Parteileitung. Wir verkehrten nur mit den Vertrauensleuten, die unserer Anschauung nach mit den Wahlvereinen nichts zu thun haben. — Vors.: Wie steht es nun mit der geheimen Organisation? — Auer: Ich bestreite das Bestehen einer solchen. Hätte die Polizei auch nur geringe Anhaltspunkte für eine solche, so würden wir uns wohl hier nicht bloß wegen eines Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verantworten haben. Ich bitte beide Organisationen streng zu scheiden, die allgemeine Partei-Organisation, die sich auf das System der Vertrauensmänner gründet, und die Organisation der Wahlvereine.

Der Vorsitzende verliest die Statuten der Wahlvereine in den sechs Berliner Reichstags-Wahlkreisen.

Vors.: Ist Ihnen etwas über die Aufbringung der Gelder in den Wahlvereinen bekannt? — Auer: Darüber geben die Statuten Auskunft. Ich bezahle meinen Beitrag, ich nehme an, daß auch die übrigen Mitglieder das thun. Es ist möglich, daß auch Feste arrangiert worden sind. — Vors.: Jedes Mitglied bekam ein Mitgliedsbuch? — Auer: Jawohl, darin wurde der Monatsbeitrag gebucht. — Vors.: Wer sind die Vertrauenspersonen? — Auer: Die Vertrauenspersonen sind einzelne Personen, denen die Vertretung der Gesamtinteressen der Partei obliegt. Der Vorstand muß doch auch mit den einzelnen Parteigenossen verkehren dürfen. Die Parteileitung muß also einzelne Vertrauensleute haben, um auf die Partei einzuwirken, da sie mit den Vereinen nicht in Verbindung treten darf. Die freisinnige Partei nennt diese Leute Korrespondenten, die deutschkonservative Partei ebenfalls Vertrauenspersonen. Ohne dieses System ist jeder politischen Partei die Thätigkeit unterbunden. Die Vertrauensmänner sind ein Aushilfsmittel gegen das Vereinsgesetz. — Vors.: Die Anklage behauptet nun, die Vertrauenspersonen sollten den Verkehr mit den Vereinen ermöglichen. — Auer: Mit den Vereinen suchte die Parteileitung gar keine Verbindung, nur mit der Partei an sich. Ich mache darauf aufmerksam daß die sechs Berliner Wahlvereine zusammen nicht über 10000 Mitglieder hatten, während die Partei an sich über 100000 Mann verfügt. — Vors.: Die Anklage behauptet doch nun, die geheime Organisation bestände, um im Falle der Auflösung der öffentlichen Organisation die Geschäfte weiter zu führen. — Auer: Ja, das ist so eine Behauptung in der Anklage, für die ich aber jeden Beweis vermisse. — Vors.: Die Anklage will den Beweis für die geheime Organisation darin gefunden haben, daß sie verschiedentliche Zusammenkünfte entdeckt hat. — Auer: Ich bestreite die Zusammenkünfte nicht es sind eben Zusammenkünfte ad hoc, um Dinge privater Natur zu besprechen, deren öffentliche Besprechung nicht angängig ist. Solche gelegentlichen Zusammenkünfte kann doch keine Partei entbehren. Ich verweise auf die Vorgänge in der konservativen Partei, den Fall Hammerstein, den Fall Stöcker; diese Dinge sind ja auch nicht in öffentlichen Versammlungen verhandelt worden. Das ist doch ganz natürlich. — Vors.: Sie behaupten also, es waren nur gelegentliche Besprechungen. — Auer: Jawohl. — Vors.: Was wissen Sie von den Korpore-Sitzungen? — Auer: Ich könnte sie ja bestreiten, ich gebe aber zu, in der Zeit des Sozialistengesetzes, wo öffentliche Versammlungen unmöglich waren, nannte man die geheimen Zusammenkünfte mit diesem wunderlichen Namen. Es ist möglich, daß jetzt, wo diese Zusammenkünfte ja erlaubt sind, der alte Name noch manchmal gebraucht wird. — Vors.: Die Vertrauensleute sollen diesen Sitzungen vorgesessen haben. — Auer: Ich weiß das nicht, möchte aber bestreiten, daß es der Fall war. Bezüglich der geheimen Organisation möchte ich darauf hinweisen, wie thöricht es wäre, eine geheime Organisation deshalb zu unterhalten, um im Falle der Auflösung eines Vereins die Geschäfte weiter zu führen, wo doch garnichts im Wege steht, daß sich nach Auflösung des einen Vereins sofort ein neuer Verein bildet. Ich meine, wir müßten dumme Kinder sein, wenn wir aus solchen Gründen den Apparat einer geheimen Organisation unterhalten sollten, der uns in die allerstärksten Kollisionen mit dem Gesetz bringen könnte. — Vors.: Die Vertrauenspersonen haben sich nun öfter geeinigt, zu zur Abfassung einer Depesche, so zur Abhaltung von Arbeitersteiern Versammlungen. — Auer: Gewiß haben solche gelegentlichen Besprechungen stattgehabt. Wenn man aus solchen gelegentlichen Zusammenkünften bestimmter Personen gleich einen Verein konstruieren will, so sind wir ohnmächtig.

Vors.: Es handelt sich nicht um vereinzelte solcher Besprechungen, sondern um häufige Zusammenkünfte. — Auer: Ja, die Partei besteht eben, und da findet sich oft Stoff und Gelegenheit zu solch gemeinsamen Besprechungen.

Der Vorsitzende verliest das sogenannte geheime Zirkular, das den Vertrauenspersonen Anweisungen erteilt, damit sie keine Verstöße gegen das Vereinsgesetz begehen. Angeklagter Auer bekennt sich als Verfasser des Zirkulars; ich bin überrascht zu hören, daß der Inhalt so ausgelegt wird, als wäre in alten wir auf diese Weise nur das Gesetz umgehen. Nein, um das Gesetz zu respektieren, um die Verbindung mit den Vereinen zu vermeiden, haben wir die Vertrauensmänner eingerichtet und die Anweisung an dieselben erlassen. Ich verweise auf das Organisationsstatut der freisinnigen Volkspartei und der deutschkonservativen Partei, sie enthalten gleiche oder ähnliche Bestimmungen. (Angekl. verliest die betr. Stelle.) — Vors.: Jawohl, es entstände hier allerdings die Frage, ob nicht auch diese Stellen anders auszufassen sind und ob nicht die anderen Parteien sich auch strafbar gemacht haben. Das interessiert uns aber nicht. Hier haben wir es nur mit Ihrer Partei zu thun. — Auer: Jawohl. Ich wollte Ihnen nur zeigen, daß keine politische Partei will sie sich nicht lahmlegen lassen, solche Bestimmungen in der Organisation entbehren kann.

Es tritt eine kleine Pause ein.

Vors.: Die Anklage hält nun alle die schon bezeichneten Vereine für politische. Was ist Ihre Ansicht? Halten Sie die Wahlvereine für politische? — Auer: Jawohl, sie wollen ja Politik treiben. — Vors.: Wie steht's mit der Preßkommission? — Auer: Die Preßkommission hat sich jedenfalls nicht für einen politischen Verein gehalten; ich halte sie auch nicht dafür. Sie hatte sich auch nicht um den politischen Teil des „Vorwärts“ zu bekümmern. Ebenso halte ich die Agitationskommission nicht für einen politischen Verein im Sinne des Gesetzes. — Vors.: Nun aber die Parteileitung. Sie hat sich selbst als politischen Verein gehalten und ist deshalb einer Verbindung mit den Vereinen aus dem Wege gegangen und hat die Vertrauensmänner installiert. — Auer: Wir geben nicht zu, daß die Parteileitung ein Verein ist, aber wir sagten uns, bei der bestehenden Judikatur ist es nicht ausgeschlossen, daß wir als Verein angesehen werden könnten nicht zugeben, daß ein Kollegium von 5 Männern schon einen Verein bildet, aber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960519-11/fragment/page=0005

wir haben schon die wunderbarsten Anklagen und auch Erkenntnisse erlebt, daß wir uns sagten, Vorsicht ist hier sehr geboten. — Vors.: Sie betrachteten den Passus im Zirkular nur als Vorsichtsmaßregel? — Auer: Jawohl. — Vors.: Nun, halten Sie die Vertrauensmänner für einen Verein? — Auer: Nein. Sie mögen öfters zusammengekommen sein, aber einen Verein haben sie nicht gebildet. — Vors.: Sie haben in dem Zirkular die Vertrauenspersonen vor dem Verkehr mit einander gewarnt? — Auer: Sie sehen eben, wie ernst es uns mit dem Zirkular war, alle Klippen zu vermeiden. Die Vertrauenspersonen kennen sich aber nun im Laufe der Jahre alle, was Wunder, daß sie einmal zusammenkommen. — Vors.: Sie kennen die Thatsache der nach Paris geschickten Depesche? — Auer: Jawohl, aus den Zeitungen. Ich halte diese Thatsache aber nicht für geeignet, deshalb auf einen Verein zu schließen. — Vors.: Für sich allein gewiß nicht, aber die vielen Besprechungen. — Auer: Es sind das alles Zusammenkünfte aus dem Augenblick heraus geboren. Die Absendung der Depesche war eine Demonstration und die Vertrauensleute glaubten damit der Ansicht der Berliner Parteigenossen Ausdruck zu geben.

Vors.: Das wären so die allgemeinen Gesichtspunkte. — Auer: Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die Anklage nicht streng die Organisationen der Wahlvereine und Wahlkreise auseinandergehalten hat. Sie spricht von Geldern aus den einzelnen Vereinen und führt zum Beweise dafür die Beiträge an, die von den Wahlkreisen durch die Vertrauenspersonen an die Parteileitung abgeliefert worden sind. — Vors.: Darauf kommen wir noch später. Hat einer der Angeklagten gegen die Darstellung des Abgeordneten Auer Einwendungen zu erheben? (Es meldet sich niemand.) Ich will dann also die Angeklagten einzeln vernehmen. — Hoch bestreitet, Obmann der Preßkommission gewesen zu sein und giebt nur zu, daß er Mitglied sei, ebenso bestreiten Dimmick und Scholz, Obmänner der Agitationskommission und der Lokalkommission gewesen zu sein. — Frl. Baader giebt an, sie sei nur Vertrauensperson für die Frauen gewesen, ihre Thätigkeit sei mit derjenigen der Männer nicht zusammengefallen.

Vors.: Ich beginne mit den Einzelheiten wieder beim Angeklagten Auer. Sie sind als Schriftführer gewählt worden? — Auer: Ich bekleide diesen Posten seit 1890. — Vors.: Da die Kontrolleure über ganz Deutschland verstreut sind, so hat sich hier ein besonderer Parteivorstand gebildet. — Auer: Nein, er hat sich hier nicht gebildet, er ist als solcher schon gewählt worden. — Vors.: Die Anklage behauptet, es habe sich aus der Parteileitung ein besonderer Parteivorstand gebildet, der mit der Parteileitung nicht ganz identisch ist. — Auer: Nein, das ist nicht richtig. Ich bin in Breslau schon als Schriftführer gewählt worden, wir fünf haben unsere Aemter schon vom Parteitag erhalten. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen und wir fünf hatten die Geschäfte der Parteileitung zu führen. — Vors.: Sie haben regelmäßig Sitzungen abgehalten und der Kassierer hat Gelder in Empfang genommen. — Auer: Jawohl. — Vors.: Woher stammten diese Gelder? — Auer: Von den Vertrauenspersonen, auch von einzelnen Parteigenossen. — Vors.: Haben Sie auch Gelder von Vereinen vereinnahmt? — Auer: Nein, von Vereinen niemals. — Vors.: Was sind das für Gelder aus den Wahlkreisen, die in der offiziellen Uebersicht des Parteivorstandes stehen? — Auer: Das sind Gelder, die von Vertrauenspersonen eingegangen sind, mit den Wahlvereinen haben diese Gelder nichts zu thun. — Staatsanwalt: Bestehen denn auch im Reich überall Vertrauenspersonen? — Auer: Jawohl, darauf beruht ja unsere Organisation. — Vors.: Sind die Gelder, die ausgezahlt worden sind, immer zu bestimmten Zwecken gegeben worden oder nur zur allgemeinen Agitation? — Auer: Gewöhnlich zur Agitation. Ich erinnere mich aber auch eines bestimmten Falles, wo die betreffenden Gelder zu einem bestimmten Zwecke gegeben wurden? — Vors.: Ist dieses Geld auch an den Vertrauensmann gezahlt worden. — Angeklagter Gerisch: Das Geld ist an den Vertrauensmann Fritz gezahlt worden. — Angeklagter Singer: Ich komme einem Ansuchen dieses Herrn nach, wenn ich hier erkläre, daß die Angabe der Anklageschrift, daß der Herr in Konkurs geraten sei, falsch ist. — Vors.: Der Name des Herrn ist ja noch garnicht genannt worden. — Staatsanwalt: Ich habe aus Delikatesse für den Herrn den Namen nicht genannt, nachdem aber der Angeklagte Singer der Anklage den Vorwurf macht, muß ich sagen, es handelt sich um den Reichstags-Abgeordneten Vogtherr, der in Vermögensschwierigkeiten war und dem 9000 M. gegeben worden sind, damit er nicht gezwungen war, offiziellen Konkurs anzumelden.

Vors.: Geben Sie die Zahlung des Geldes an die Agrarkommission zu? — Auer: Jawohl. — Vors.: Wird die Agrarkommission als Verein betrachtet, so wäre doch hier das Inverbindungtreten festgestellt. — Auer: Ich bestreite den Vereinscharakter ganz entschieden. Sollten wir mit der Agrarkommission, einer für die Bearbeitung einer bestimmten Frage eingesetzten Kommission nicht verhandeln dürfen, dann möchte ich sehen, wie man überhaupt eine Partei leiten soll. — Vors.: Hat der Vorstand an Sitzungen der Preßkommission teilgenommen? — Auer: In corpore nicht, obwohl ich auch darin nichts Strafbares gefunden hätte. Aber ich war oft bei Sitzungen aus persönlichem Interesse als Parteigenosse, der auch der Redaktion des Vorwärts nahe steht, zugegen.

Es werden mehrere an den Parteivorstand zu Händen Auers gerichtete Briefe verlesen, aus denen die Staatsanwaltschaft die Verbindung des Vorstandes mit Vereinen beweisen will. Es handelt sich um Briefe geschäftlicher Natur. Auer erklärt: Ich bin doch nur verantwortlich für das was ich thue, nicht für das, was mir andere an den Hals schreiben. Würden alle Briefe konfisziert, so würde sich kein im politischen Leben stehender Mann vor den Schlingen und Fängen des § 8 im Vereinsgesetz retten können. Es handelt sich um geschäftliche Briefe der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt, deren Inhaber die Abgg. Auer, Bebel, Singer und Förster Hamburg sind. Der Ausdruck Parteivorstand sei gewählt, weil die Inhaber mit dem Parteivorstand identisch sind. — Angeklagter Bebel schließt sich diesen Ausführungen an und konstatiert, daß der Parteivorstand an sich mit der ganzen Sache nichts zu thun gehabt hat. — Vorsitzender und Staatsanwalt erklären nach diesen Bekundungen die Sache für aufgeklärt.

Der Staatsanwalt überreicht noch mehrere Briefe. Ein Brief rührt von dem Vorstand eines Vereins her und sein Inhalt bezieht sich auf den Versandt von Druckschriften. — Auer: Ich kann weder bestreiten, noch zugeben, daß dieser Brief bei mir beschlagnahmt worden ist. Dem Inhalte nach ist er nicht bei mir gefunden worden, denn ich habe mit der Druckschriftenverteilung nichts zu thun. Im übrigen muß ich sagen, es kann doch vorkommen, daß einmal ein Verein an mich schreibt. Wenn mir aus jedem solchen Briefe ein Strick gedreht werden sollte, so geht das doch nicht an. Es kommt doch darauf an, was ich thue, nicht was andere mit mir thun.

Der Vorsitzende hält dem Angeklagten die Abhaltung mehrerer Sitzungen in dem Expeditionslokal des Vorwärts, Beuthstraße, vor, an denen er teilgenommen habe, bei denen es sich um den Bierboykott handelte. — Auer giebt die Anwesenheit zu, bestreitet aber, als Mitglied des Parteivorstandes zugegen gewesen zu sein. — Vorsitzender: Es soll in der einen Sitzung über die Gustav-Adolf-Broschüre, in einer andern über Arbeitslosen-Versammlung verhandelt worden sein. — Auer: Verhandelt ist wohl ein falscher Ausdruck. Immerhin mag die polizeiliche Vertrauensperson manches erhorcht haben. Es ist sehr leicht möglich, daß der Leiter der Buchhandlung, als er die Parteigenossen aus ganz Berlin sah, gesagt hat: Kinder, nächsten Tag erscheint die Gustav-Adolf-Broschüre. Sorgt für gute Verbreitung", und daß man in einer anderen Sitzung von der bevorstehenden Arbeitslosenversammlung gesprochen hat.

Der Vorsitzende will eine kleine Pause eintreten lassen.

Angekl. Singer bittet den Vorsitzenden, die Verhandlung um 3 Uhr zu vertagen, da die Abgeordneten zu einer wichtigen namentlichen Abstimmung nach dem Reichstage müßten.

Der Vorsitzende bittet, bis um 4 Uhr dazubleiben, zu welcher Stunde er die Vertagung eintreten lassen wolle.

Pause.

Nach der Pause beginnt die Vernehmung Bebels. Vors.: Sie sind Vorsitzender des Parteivorstandes? — Bebel: Jawohl. — Vors.: Woher kommt die Bezeichnung Vorstand, bedeutete sie eine besondere Art der Organisation? — Nein, der Name hat sich so im Sprachgebrauch herausgebildet, er war nur ein Teil der Parteileitung. — Vors.: Haben Sie Geld von Vereinen in Empfang genommen? — Bebel: Ich war bis vor 2 Jahren Kassierer und bestreite ganz entschieden, jemals Gelder von Vereinen in Empfang genommen zu haben. Die Gelder stammen von den Vertrauensleuten. Ich habe mehrfach von unpolitischen Gesangvereinen Gelder genommen, nie aber von politischen. — Vors.: Sie haben an den Sitzungen der Preßkommission teilgenommen. Haben Sie das als Vorstandsmitglied gethan. — Bebel: Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß ich in meiner Eigenschaft als Vorstand an den Sitzungen der Preßkommission teilgenommen habe. Der Vorstand hatte die Oberkontrolle über das Partei-Organ, ich mußte mich also dafür interessieren, was die Preßkommission beschloß. Es ist mir aber nicht im Traume eingefallen, die Preßkommission als einen Verein anzusehen. — Vors.: Sie waren auch bei Vertrauensmänner-Sitzungen zugegen? — Bebel: Jawohl. Es waren das ad hoc zusammenberufene Zusammenkünfte, in denen bestimmte Fragen, z. B. die Maifeier verhandelt wurden. Ich habe auch nie die Vertrauensmänner für einen Verein gehalten. — Staatsanwalt: Es ist nun festgestellt, daß die Wahlvereine wiederholt den Vertrauenspersonen Geld zur Agitation überwiesen haben. Haben Sie sich denn niemals darum gekümmert, ob bei dem Geld, was Sie erhielten, Geld aus Wahlvereinen dabei war? — Bebel: Herr Staatsanwalt, mir ist nie direkt oder indirekt mitgeteilt worden, daß Geld aus den Wahlvereinen dabei sei. Ich habe mich nicht darum gekümmert. Je mehr es war, desto lieber war es uns. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Der Vorsitzende ersucht um Ruhe und droht mit der Räumung des Saales.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Singer, der sich in Bezug auf die Organisation des Vorstandes ganz den Ausführungen Bebels anschließt. Er wiederholt noch einmal, daß die Angabe der Anklage, Vogtherr sei im Konkurs gewesen, falsch ist. Vogtherr hat für die Summe, die nicht 9000 M., sondern 4500 Mark beträgt, Bürgschaft geleistet, die Summe auch selbst als Schuld anerkannt. — Vors.: Sie waren auch bei Vertrauensmänner-Sitzungen zugegen? — Singer: Jawohl. Ich kam als Vertreter eines Berliner Wahlkreises im Reichstage und als Mitglied der Stadtverordneten Versammlung naturgemäß sehr oft in die Lage, mit den Berliner Genossen zu verkehren. So habe ich auch einmal nach einer Stadtverordnetensitzung eine Anzahl Parteigenossen in den Ratskeller gebeten — es mögen auch einige Vertrauensmänner zugegen gewesen sein — um über die bevorstehende Agitation für die Stadtverordneten-Wahlen zu sprechen. — Vors.: Bei Ihnen ist ein Brief des Arbeitervereins Furtwangen gefunden, auf den Sie die Randbemerkung geschrieben haben, der neuen Parteileitung überwiesen. — Singer: Der Brief enthält ein Gesuch um einen Vertreter zur Agitation nach Furtwangen und war an den Breslauer Parteitag gerichtet, dessen Vorsitzender ich war. Ich bekam den Brief und habe den Vermerk darauf gesetzt. Der Sache ist keine Folge gegeben worden, weil wir nicht mit Vereinen verkehren wollten. Ich meine, ich bin doch nur verantwortlich für das, was ich thue, nicht für das, was andere an mich schreiben. — Vors.: Wie steht es mit den Sitzungen, wo über den Bierboykott beratschlagt wurde? — Singer: Ich war Leiter des Bierboykotts und mußte natürlich an den Sitzungen teilnehmen. Daß in einer solchen Sitzung auch von der Gustav Adolf-Broschüre die Rede war, ist mir absolut nicht erinnerlich. Es kann nur so gekommen sein, daß der auch anwesende Chef der Buchhandlung eine Mitteilung über die Broschüre nach Erledigung der Boykottfrage gemacht hat.

Angekl. Pfannkuch schließt sich den Angaben der vorher vernommenen Angeklagten an. Er giebt zu, öfters vertretungsweise Gelder für den Kassierer angenommen und Quittungen darüber ausgestellt zu haben.

Angekl. Gerisch bestreitet ganz entschieden, auch nur einen Pfennig Geldes von den Wahlvereinen als Kassierer in Empfang genommen zu haben. Die Gelder in der Uebersicht der Einnahmen aus den einzelnen Kreisen seien von den Vertrauenspersonen der betreffenden Kreise gezahlt worden. Ich muß gegen die Behauptung der Anklageschrift protestieren, in der es heißt: „Daß der Angeklagte Gerisch gewußt habe, daß das Geld von den Wahlvereinen herrührte". Das ist unwahr und wird durch die beschlagnahmten Kassenbücher widerlegt. Ich bitte den Herrn Vorsitzenden, diese Kassenbücher durchzusehen, er wird darin nichts finden, was die Behauptung der Anklage stützt. — Vors. (die Bücher einsehend): Ich muß erklären, daß auch ich nichts für den Angeklagten Gerisch nach dieser Richtung hin Belastendes in den Büchern finden kann. — Haben Sie an geheimen sogenannten Korpore-Versammlungen teilgenommen? — Gerisch: Ich habe an viel Versammlungen teilgenommen, nie aber den Eindruck der Heimlichkeit gehabt. — Vors.: Es sind zwei Zeugen da, die Sie beobachtet haben. Sie sollen an einer Versammlung teilgenommen haben, an der sämtliche Wahlvereins Vorsitzende und Vertrauenspersonen teilgenommen haben. — Gerisch: Ich kann mich nicht erinnern. Der Angeklagte Wengels giebt Auskunft dahin, daß er und andere Parteigenossen zu einer Besprechung eingeladen worden seien. Einige Genossen, die die Parteireorganisation wollten, hatten diese Einladung bewirkt. Als wir zusammengekommen, habe ich es abgelehnt in irgend eine Verhandlung einzutreten, die auch nicht stattgefunden hat. Gerisch sei nicht anwesend gewesen.

Angekl. Metzner hat eine Einladung zu einer Sitzung der Vertrauensmänner und des Parteivorstandes erhalten, die bei ihm beschlagnahmt worden ist. Der Angeklagte giebt an, daß die Einladung von einer Privatperson, Herrn Vogtherr ergangen sei, nicht von einem Vertrauensmann. Es handelte sich um die beregte Angelegenheit Vogtherr.

Der Vorsitzende vertagt hierauf um 3¾ Uhr die Sitzung auf Sonnabend früh 9 Uhr.

(Fortsetzung im Hauptblatte.)

Aus dem Reiche.

Berlin. Bureaukratisches. „Daß am heutigen Tage 1 (ein) Pfennig an die Nordd. Holz-Berufsgenossenschaft in Berlin zur Beförderung mit der Post eingeliefert worden, wird bescheinigt. Stadtilm, 5. 5. 96. Postannahme." Dieser Riesenbetrag mußte von einem hiesigen Bürger eingezahlt werden, um seinen Beitragsverpflichtungen für 1895 nachzukommen. Die Portokosten für diesen Pfennig Beitrag zur Holz Berufsgenossenschaft betragen: Für die von Berlin nach Stadtilm erlassene Zahlungsaufforderung 3 Pf., Postanweisungsgebühr für die Sendung des Pfennigs 20 Pfennig und Bestellgeld 5 Pf., also mit Porto für Lohnliste-Sendung 35 Pf. — Die Geschichte dieses Pfennigs lautet: Die Mitglieder der Möbeltischler brauchen nicht der Unfallversicherung beizutreten, die Bautischler aber sind hierzu verpflichtet. Von dem hiesigen Bürger hat nun ein Gehilfe ca. einen Tag Bauarbeit mitgemacht; infolge davon hat der Meister die Lohnliste einsenden müssen und von dort den Bescheid bekommen: der Sitz der Kasse sei in Berlin, wohin er seinen Pfennig einzusenden habe.

Dresden. Von der „Findigkeit" der Post. Die Sächs. Arbeiterztg. berichtet: Am 27. April wurde ein mit Angabe des Absenders versehenes Streifband aufgegeben, das folgende Adresse trug: „Leseverein Fortschritt, Gasthaus zur Wilhelmshöhe 198, Dittersbach bei Friedland." Unglücklicherweise war vergessen worden, daß das sehr bekannte Friedland in Böhmen liegt. Und nun machte die Sendung trotz der Bezeichnung „bei Friedland" einen Rundtanz durch Deutschland, der aus folgenden Briefträgernotizen famos illustriert wird:

In Dittersbach bei Liebau unbekannt.
Hampel, Bfg.
In Dittersbach bei Waldenburg unbekannt.
Wabnitz, Bfgr.
In Dittersbach bei Pakuswitz unbekannt.
Nebrich, Landbft.
In Dittersbach städtisch unbekannt.
Kluge, Postagt.
In Dittersbach (Kr. Lüben) unbekannt.
Schwerdtner, Postagt.
In Dittersbach (Kr. Sagan) nicht bekannt.
* * (Name unleserlich) Pstgt.

Endlich kam ein Postbeamter auf den richtigen Trichter, schrieb hinter den Ort „Friedland" Böhmen, aber statt die Sendung nun dem richtigen Ort zuzuführen, wurde sie am 7. Mai dem Absender wieder zugestellt.

Meiningen. Bangemachen gilt nicht! In Nr. 41 des in Kaltennordheim erscheinenden Rhön- und Feldaboten findet sich folgendes Inserat: „Die Verlobung meiner Tochter Frieda mit Karl St. aus K. wird hierdurch für ungiltig erklärt. Hümpferhausen, 4. April 1896. J. M." — Darunter befindet sich sofort die Antwort des treuliebenden Brautpaares, welche folgenden Wortlaut hat: „Trotz der obigen Annonce erkennen wir uns dennoch als Verlobte. Fr. M. K. St. Bangemachen gilt nicht."

Vermischtes.

* **Durch Elend wahnsinnig geworden.** Das Kapitel „Gouvernanten-Elend" hat wieder eine grelle Illustration in Wien erfahren. Vor längerem reiste aus dem Elsaß die 26jährige Gouvernante Theresia Vorburger zu, um hier Gouvernantendienste zu nehmen. Trotz aller Bemühungen konnte sie keine Stelle finden. Aller Mittel entblößt, wurde sie als unterstandslos von der Polizei aufgegriffen und am 15. d. M. im Polizeigefangenhaus in der Theobaldgasse in Mariahilf untergebracht. Sie sollte von hier in die Heimat abgeschoben werden. Im Besitze des durch Hunger und Seelenqual herabgekommenen Mädchens, das des Deutschen und Französischen in Wort und Schrift mächtig und auch sonst entsprechend gebildet ist, wurde nicht ein einziger Heller vorgefunden. Im Gefangenhaus verfiel die Unglückliche in Melancholie, die alsbald in Wahnsinn aus Gram über ihre entsetzliche Notlage und aus Scham, abgeschoben zu werden, ausartete. Sie fing in ihrer Zelle zu lärmen an und erklärte, sie habe eine Vision gehabt und hierbei erfahren, daß alle Menschen Sünder seien, denen die Religionen nur als Mittel zum Humbug dienen würden. Weil sie nun dies öffentlich behauptet habe, sei sie von der Behörde belangt und eingekerkert worden. Montag abend wurde die Aermste der psychiatrischen Klinik des Allgemeinen Krankenhauses übergeben, um späterhin event. in die zuständige Irrenanstalt im Elsaß transportiert zu werden.

* **Die Färbung der Meere.** Prof. J. Thoulet von der Fakultät zu Nancy hat eine Arbeit über Färbung der Meere veröffentlicht, der Nachstehendes zu entnehmen ist: Die eigentliche Farbe des reinen Wassers ist blau, aber in demselben gelöste oder verteilte Stoffe ziehen die Färbung ins Gelbe, Grüne, Rote oder Braune. Die schließlich daraus entstehende Nüance ist demnach, wie die Mathematiker sagen, eine Funktion aus folgenden Variabeln: 1. Tiefe des Wassers, 2. Farbe des Grundes, 3 Intensität des Himmelslichtes, 4. Erhebung der Sonne über den Horizont, 5. Temperatur und Salzgehalt, welche den Brechungsindex des Wassers verändern, 6. Bewegung der Oberfläche und Richtung der Wellenbewegung in Bezug auf den Beobachter, 7. Beschaffenheit, Größe und Menge der vom Wasser in der Schwebe gehaltenen mineralischen oder vegetabilischen Körper (Algen), 8. die Gegenwart mikroskopischer Tiere und ihre Bewegungen, welche zum Teil vom Lichte und der Atmosphäre abhängen. Es ist eine natürlicherweise sehr komplizierte Gleichung. Nicht wenige Meere haben nach ihrer vorherrschenden Färbung besondere Namen erhalten. Das Gelbe Meer verdankt seine Färbung dem Schlamme des Hoang Ho, der persische Golf oder das Grüne Meer der Orientalen kleinen Tierchen, der Kuro-Siwo oder Schwarze Strom der Japaner kontrastiert durch sein gesättigtes Blau mit der Färbung des Gelben Meeres. Das Weiße Meer verdankt seinen Namen den Schnee und Eismassen, die es einen Teil des Jahres erfüllen und bedecken, das Purpur-Meer wird durch kleine purpurne Schaltiere, die in den Uferstrichen massenhaft vorkommen, gefärbt, das Rote Meer durch seine Korallenbänke und durch eine oft massenhaft darin entwickelte rote Alge Trichodesmium, das Schwarze Meer ist nach den Wolken und Stürmen, die seine Oberfläche häufig verdunkeln, benannt. Eine rote, durch Algen erzeugte Farbe beobachtete man in jüngster Zeit am Wasser des Sees von Morat (Schweiz). Das sogenannte Milch-Meer, welches man häufiger im indischen Meere beobachtet, wobei das Meer des Nachts einer ungeheuren Schneefläche gleicht, ist eine besondere Form des Meerleuchtens, welche von einem Leuchtbazillus (bacillus phosphoreus) erzeugt wird.

Quittung.

Im Monat April sind bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge eingegangen:

Altona, rote Konfirmation 2.57, Achim, von der roten R. 5, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 600, (darunter Freiheit 4, Blaue Luft 8.10, L. W. 53.60, Unbekannt 101.40, Jule, Ritterstraße 35.65, L. C. M. 300); 3. Kreis 700; 4. Kreis 1053, (darunter durch Reimann 10, Ueberschuß der Kranzspende der Arbeiter von Pintsch 18.30, Kernspitze 30, Lustig 20, Tischler der Werkstatt von Böhling und Hirsch 16, 1. Rate von den Tischlern der Wollertschen Werkstatt, Büschingstraße 7 10, Osten, damit es besser werde, 50, Putzerkolonne Schmorz 3); 5. Kreis 300; 6. Kreis 2000 (darunter W. V. Solo 5, Sangesbrüder Moabit 50, Stromstraße 5 2, früherer Bezirk 612 4.38, Reibeisen X-Strahlen 47.05, Knatsch 20, Bierprozente A. E. G. 20); Berlin, div. Beiträge: Fünf Hutmacher Königstr. 25 12, Maiglöckchen 30, M. B. 75, J. B. 25, Macketes 5, Werkstatt Malchin, Neue Grünstraße 10.80, Rote Kindtaufe Schwedterstr. 3.20, Rote Buchbinder, Grünstr. 5, Sächs. Genossen in Moabit, Beitrag für März-Mai 60, F. G. 5, Millionenjule 7, Münter 3, S. C. W. 8, Mitgl. der U.-Dr. 4. R. 4.95, A S. —.50, Johannes 100, Edler v. H. 5, Spandau, Taufe 2.90, Rote Hochzeit, Schöneberg 1.45, Kommis P. E. 1, gesammelt zu einem Kranz von F. M., Putlitzstraße 9 2, Arbeiter von Schuster u. Bär 10.30, Brackel 400, Kottbus, S. 10, Charlottenburg Rckzhl. 140, Krimmitschau 200, Friedrichsberg b. Berlin d. A K. 314.07, Falkenberg (Oberschl.) 2, Hamburg, Stommtisch Steindamm 5, Hastedt bei Bremen v. Gen. 25, Hamburg, 3. Wahlkreis 1000, Hamburg, aus höheren Einkommen 20, Hamburg, 2. Kreis 1000, Hamburg, von 3 Schneidern, Kaiser-Wilhelmstraße 3, Höchscheid, durch P. 3, Iserlohn, Hellmann 3, Leipzig, 101-Spieler F. J. 1.50, Langenbielau 100, darunter rote Kindtaufe 2, München, Waldläufer 5, Mann im Monde 2000, Magdeburg 1000, Neviges 15, Nürnberg 500, Neudamm 4, Oelsnitz i. V., rote Kindtaufe durch H. 2.05, Pausa i. V., von Genossen 5, Rixdorf, Putzer vom Bau bei Loth 7.30, Rixdorf, Rckzhl. 15, Rixdorf, Musikfreunde, Maifeier 10, Reinsdorf bei Greiz, rote Kindtaufe 2.30, Sandershausen bei Kassel, zielbewußte Arbeiter 16.50, Teltower Kreis, Steinfels 25, Treptow, Baumschulenweg 15, Sa. 40, „Vorwärts, I. Quartal 1896 11 008.60, Werdau, rote Hochzeit, durch Kaltofen 5.

Hamburg-Eimsbüttel, 9. Mai 1896.

Für den geschäftsführenden Ausschuß:
A. Gerisch, Eichenstr. 4, I.

Heiteres.

— Der gekränkte Dichter. Verleger: „Solchen Unsinn, wie in Ihrem Manuskript, drucken wir nicht!" — Autor: „Na, Sie brauchen sich nicht darauf so viel einzubilden. Sie sind nicht der erste, der es nicht drucken will!"

— Im höchsten Schmerz. Kranker Bauer: Alte, was kochst Du da? — Frau (schluchzend): Knödel mit Speck. — Bauer: Ach, gieb mir was herüber, dann kann ich ruhig sterben! — Frau: Nee, Alter, 's ist ja für den Leichenschmaus!

— Aufklärung. Mutter: Meine Tochter leidet jetzt wieder öfter an Herzkrämpfen. — Haben Sie sonst eine Begleiterscheinung wahrgenommen? — Mutter: Dann und wann einen Premier-Leutnant.

— Vom Kasernenhof. Unteroffizier zum Einjährigen: Was sind Sie? — Einjähriger: Doktor der Philosophie. — Unteroffizier: Philosophie? Gott! giebt es denn solche Krankheit auch?

Für die Redaktion verantwortlich: A. Weitzmann in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.) Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218960519-11/fragment/page=0006